

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1933

9.3.1933 (No. 68)

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Industrie- und Handelszeitung

Geogr. 1756 und der Wochenschrift „Die Pyramide“ Geogr. 1756

Bezugspreis: monatl. frei Haus durch Träger 2,10 M., durch die Post 2,10 M. (einschl. 56 J. Postgebühren) ausl. 4,20 M. Beleggeld, in unregelmäßigen oder unregelmäßig abgehenden Lieferungen der Zeitung im Falle höherer Gewalt hat der Besteller keine Ansprüche. Abbestellungen können nur bis zum 25. eines Monats angenommen werden. — Einzelverkaufspreis: Blatt 10 Pf., Sonntags und Feiertags 15 Pf. — Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Anzeigenzeile 33 Pf., Kleinzeile 1,25 M., an erster Stelle 1,50 M., Gegenüber- und Familienanzeigen ermäßigter Preis. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterfüllung des Zahlungsgebietes außer Kraft tritt. Vertriebsort und Druckort: Karlsruhe in Baden.

Chefredakteur und verantwortlich für den politischen und wirtschaftspolitischen Teil: Dr. G. Frigler; für Baden, Vorkales und Sport: Fred Reez; für Neustadt, „Pyramide“ und Musik: Karl Jahn; für Interregio: Dr. Schreyer; sämtliche in Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 6. — Druckdruck: der Redaktion von 11-12 Uhr. — Berliner Redaktion: Dr. Pfeiffer, Berlin W. 30, Dönhofsplatz 44, Tel. B. 4, Bavaria 6265. Für unregelmäßige Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Druck & Verlag „Concordia“ Zeitungs-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 6. Vertriebsstellen: Kollerstraße 208 und Karl-Friedrich-Str. 6, Fernnr. 18, 19, 20, 21. Postbezugsnummer: Karlsruhe 0047.

Robert Wagner Polizeikommissar für Baden

In vollen Krümen.

Die Verhandlungen über die Umbildung der badischen Regierung sind gestern zwischen Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Zentrum fortgesetzt worden. Eine Entscheidung ist erst am Montag zu erwarten.

Der Reichspräsident empfing am Mittwoch vormittag den neu ernannten bayerischen Generalen Sperr zur Meldung.

Auf Grund des Sofortprogramms für die Arbeitsbeschaffung sind bis zur vorigen Woche für rund 100 Mill. RM. Anträge bewilligt worden. Weitere Anträge in Höhe von rund 50 Millionen RM. dürften noch im Laufe dieser Woche bewilligt werden.

Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gesele, ist an einer akuten Nierenentzündung erkrankt und muß voraussichtlich für einige Tage seinen Amtsgeschäften fernbleiben.

Einer amtlichen Mitteilung zufolge, liegt nunmehr eine Zustimmung der ausländischen Reichsminister in Berlin vor, sich in Zukunft jeder bewilligten Tendenz zu enthalten, so daß vorläufig von Anwesenheiten Abstand genommen und ihnen eine Bewährungsfrist von zwei Monaten angebilligt wurde.

Regierungspräsident Dr. Sonnenschein ist aus der Zentrumspartei ausgeschieden. Auf Geheiß, er sei Mitglied der NSDAP geworden, teilt die Presseabteilung der NSDAP folgendes mit: „Die gesamte Parteigenossenschaft der NSDAP für den Regierungsbezirk Donaueschingen lehnt die Aufnahme des Regierungspräsidenten Dr. Sonnenschein ab.“

Die Zentrumspartei hat in einem Telegramm an den Reichsminister Göring die Einziehung der Sakretanzien auf staatlichen und kommunalen Gebäuden verlangt. Minister Göring antwortete ablehnend.

Der Preussische Staatsrat hat eine Klage beim Staatsgerichtshof gegen die Reichskommissare eingereicht mit dem Antrage, die Auflösung der Reichskommissare zu erklären, die die Staatsratsmitglieder wählen, für rechtswidrig zu erklären.

Die österreichische Regierung hat politische Versammlungen und Aufzüge verboten und eine neue Preisverordnung erlassen.

Das 31-jährige Abendblatt in Berlin ist bis zum 14. März verboten worden. Das Verbot der „Morgen-Zeitung“ wurde bis zum 25. August verlängert.

Die erst am Montag in Griechenland gebildete Regierung des Generals Thonkos hat bereits nach zwei Tagen ihres Bestehens dem Staatspräsidenten Jannis ihre Resignation zur Verfügung gestellt. Der Staatspräsident beauftragte daraufhin den Führer der Volkspartei, Katsaris, dessen Partei die Mehrheit besitzt, mit der Bildung der neuen Regierung.

In Ploesti in Rumänien floh am Dienstag aus bisher noch unbekanntem Grund ein Benzintank mit hundert Waggons Benzin Inhalt in die Luft. Der Brand konnte rasch gelöscht werden. Der Schaden beträgt etwa 50 000 Mk. Menschenopfer sind nicht zu beklagen.

Wie die japanische Admtralität mitteilt, sind vier japanische Marineflugzeuge bei den Kurilen Inseln abgeschossen. Sechs Anflüge wurden gestoppt, zwei konnten durch Fischer gerettet werden.

Näheres siehe im Innern des Blattes.

6 002 000 Arbeitslose.

Dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16.-28. Februar 1933 zufolge hat die Frühjahrsentlastung des Arbeitsmarktes in der zweiten Hälfte des Monats Februar eingesetzt. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen betrug sich Ende Februar auf rund 6 002 000 und war damit um 45 000 niedriger als Mitte Februar. Falls diese Entwicklung sich fortsetzt, kann der diesjährige Höhepunkt der winterrlichen Arbeitslosigkeit, der Mitte Februar sich in einer Zahl von rund 6 047 000 Arbeitslosen ausdrückte, als überwunden angesehen werden. Im Vorjahre lag der winterrliche Höhepunkt bei rund 6 129 000 gemeldeten Arbeitslosen.

Der Reichsinnenminister greift ein.

Übernahme der Polizeibefugnisse in Baden, Württemberg, Sachsen und Schaumburg-Lippe.

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“.)

W. Pl. Berlin, 9. März.

Die Reichsregierung setzt ihre Aktion zur Gleichschaltung der Polizei des Reiches und der Länder fort. Nach der Einsetzung von Polizeikommissaren in Hamburg, Bremen und Hessen, hat der Reichsinnenminister am Mittwoch auf Grund der Verordnung zum Schutze von Volk und Staat die Polizeibefugnisse von Baden, Württemberg, Sachsen und Schaumburg-Lippe übernommen. Zum Beauftragten des Reiches in Baden ist der badische Landtagsabgeordnete Robert Wagner ernannt worden, für Schaumburg-Lippe Beigeordneter Matt Hä-Marl bei Recklinghausen, für Württemberg Reichstagsabgeordneter von Zagon, bisher Eplingen, für Sachsen Reichstagsabgeordneter von Killinger.

Der Polizeibeauftragte des Reiches für Baden, Wagner, der am Mittwoch in der Reichshauptstadt weilt und mit dem Reichsinnenminister Fried persönlich konferierte, ist am Mittwochabend 9 Uhr von Berlin mit dem Ziel Karlsruhe abgereist, so daß er also am Donnerstag morgen seine Funktionen übernehmen kann.

Der § 2 der Verordnung zum Schutze von Volk und Staat, auf den sich das Eingreifen des Reichsinnenministers stützt, hat folgenden Wortlaut: „Werden in einem Lande die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen nicht getroffen, so kann die Reichsregierung inwieweit die Befugnisse der obersten Landesbehörde vorübergehend wahrnehmen.“ Welche besonderen Gründe das Eingreifen des Reichsinnenministers in Baden veranlassen, ist bis jetzt noch nicht bekannt.

Die Einsetzung der Polizeikommissare in den süddeutschen Ländern und in Sachsen hat in den maßgebenden Kreisen der Berliner Ländervertreter große Ueberraschung hervorgerufen, da man nach den bisherigen Überlegungen der zuständigen Reichsstellen einen solchen Schritt nicht mehr erwartet hat.

Die Einsetzung der Polizeikommissare hat auch umso mehr überrascht, als noch am Mittwoch mittags eine Aussprache zwischen dem Reichskanzler Adolf Hitler, dem Reichsinnenminister Dr. Fried und dem sächsischen Ministerpräsidenten Schied stattgefunden hat, die, wie in einem amtlichen Kommuniqué erklärt wurde, „durchaus freundschaftlich“ verliefen ist. Auch in Preußen treibt die Reichsregierung eine völlige Angleichung an die Reichspolizei an. Neuerdings tritt hier der Plan in den Vordergrund, Reichskanzler Adolf Hitler zum preussischen Ministerpräsidenten zu wählen. Die Personalunion zwischen dem Reichskanzler und dem preussischen Ministerpräsidenten würde praktisch eine Wiederherstellung der Bismarckschen Verfassung bedeuten.

Württemberg wählt neuen Staatspräsidenten.

(1) Stuttgart, 8. März.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: „Von dem Bunde geleitet, durch die schnelle Neubildung der württembergischen Regierung die bisherige geordnete Verwaltung dem Lande Württemberg zu erhalten, hat das Staatsministerium in seiner heutigen Sitzung beschlossen, den Herrn Landtagspräsidenten zu erziehen, den Landtag auf spätestens Dienstag, den 14. März, nachmittags 16 Uhr, mit der Tagesordnung: „Neuwahl des Staatspräsidenten“ einzuberufen. Das Staatsministerium hielt es angeht, des Ergebnisses der Reichstagswahlen für ein dringendes politisches Gebot, die Neubildung der Regierung mit größter Beschleunigung herbeizuführen.“

Reichstag im Kroll-Theater.

Feierlicher Staatsakt in Potsdam.

Eröffnungssitzung schon am 21. März?

.. Berlin, 8. März.

Amlich wird mitgeteilt: Der Reichskanzler hat heute (Mittwoch) mit dem Reichstagspräsidenten Göring und dem Reichsminister des Innern Dr. Fried die Garnisonkirche in Potsdam besucht, um sich über die Vorbereitungen für den anläßlich der Eröffnung des Reichstages dort stattfindenden feierlichen Staatsakt mit den in Betracht kommenden kirchlichen und staatlichen Stellen zu besprechen. Als Vertreter der Kirche waren der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrates, Dr. D. Kapler, und der geistliche Vizepräsident Dr. Burghart erschienen. Im Anschluß an den Besuch der Garnisonkirche wurde der Lange Stall in Potsdam, dann das Kroll-Theater in Berlin besichtigt, die beide für die Vollziehungen des Reichstages in die engere Wahl kamen. Die Entscheidung fiel zugunsten des Kroll-Theaters, da der beifälligste Zusammentritt des Reichstages dringend geboten ist und der Ausbau des Langen Stalles einige Wochen beanspruchen und auch mit recht erheblichen Kosten verbunden wäre. Der Zusammentritt des Reichstages soll möglichst beschleunigt werden.

Die üblichen Eröffnungsgottesdienste werden für den evangelischen Teil in der Nicolai-Kirche, für den katholischen Teil in der katholischen Stadtpfarrkirche in Potsdam stattfinden. An dem Eröffnungsgottesdienst in der Nicolai-Kirche wird der Herr Reichspräsident teilnehmen. Nach Beendigung des Gottesdienstes ziehen die Teilnehmer in geschlossenen Rängen unter dem Geläute aller Glocken Potsdams in die Garnisonkirche. Dort findet ein Akt statt. Der Herr Reichspräsident wird eine Begrüßungsansprache halten und alsdann dem Herrn Reichskanzler das Wort zur Abgabe der Regierungserklärung geben. Der Staatsakt wird von Krönemüß umrahmt sein.

Anschließend an den Staatsakt bezieht sich der Herr Reichspräsident allein zur Gruft, wo er zwischen den Särgen Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs des Großen einen Lorbeerkranz niederlegt. Im Anschluß daran schreitet der Herr Reichspräsident vor der Kirche die Front der dort aufgestellten Ehrenkompanie ab. Hieran schließt sich ein Vorbeimarsch der Ehrenkompanie. Nach Abschluß der Feier in Potsdam begeben sich Reichsregierung und Abgeordnete zur Eröffnungssitzung nach Berlin.

Es ist anzunehmen, daß die Eröffnungsvorarbeiten am 21. März stattfinden wird.

Deutsche Jugendertüchtigung.

Zum Tod des Generals von Stülpnagel.

Ohne die soldatischen Grundtugenden, Körperbeherrschung, Willensbildung, Geistesbildung, Manneszucht, Disziplin und Unterordnung aller persönlichen Wünsche unter das Wohl der Allgemeinheit kann kein Volk bestehen. Die Kriegserfahrungen haben einen unverzeihlichen Fehler begangen, als sie verachteten, die Bekämpfung dieser soldatischen Tugenden dem deutschen Volke zu verweigern. Es gab eine Zeit, in der die Politik angelehrt wurde, wenn irgend ein harmloser kleiner Wehverband in geschlossener Ordnung durch die Straßen marschierte. Die Freiwilligen, die 1921 Oberhesseln retteten, mußten sich förmlich durch eine Anzahl von Polizeisperrern hindurchschleichen, um ihr Blut für Deutschland vergießen zu dürfen. Es bestand die große Gefahr, daß die Jugend sich von der inneren Verpflichtung abkehrte, das Letzte und Beste dem Vaterlande opfern zu müssen, wenn die Grenzen des Reiches bedroht werden. So blieb die körperliche und willensmäßige Erziehung der Jugend dreizehn Jahre lang die alleinige Aufgabe der verschiedenen Wehverbände. Daß es ohne eine solche Erziehung und Wehverbändemachung nun einmal nicht geht, erkannte auch das Reichstagesamt, das vor zwei Jahren sich zu dem Gedanken der Jugendertüchtigung bekannte und ausdrücklich einen Bundesbeschlusse fakte, im Falle eines Angriffs auf Deutschland an die bedrohten Grenzen zu eilen.

Erst im vergangenen Jahr, nachdem Hindenburg eine bewußt nationale Regierung berufen hatte, nahm sich der Staat der teilweise vernachlässigten und innerlich haltlosen Jugend an. Die verschiedenen Gruppen der Jugendbewegung, Stahlhelm und SA, hatten wirksamste Vorarbeiten geleistet. Im „Jugendstahlhelm“ war der Begriff des „Wehrsportes“ geprägt worden. So konnte die im Erlaß des Reichspräsidenten vom 13. September 1932 angeordnete behördliche Jugendertüchtigung auf einen bewährten Stamm erprobter Führer zurückgreifen. Das Reichstagesamt für Jugendertüchtigung wurde gebildet. Seine Führung übernahm der Leiter der SA, der im Reichstagesamt General Edwin v. Stülpnagel. Dem Kuratorium gehören an Vertreter der Reichsregierung, der Landesregierungen und der Bünde, die sich an den Aufgaben der Jugendertüchtigung beteiligen wollen. Es wurden ferner verbundene Einzelpersönlichkeiten berufen, die sich um die Erziehung der Jugend besonders bemüht hatten. Die Willenshaft des in Berlin ansässigen Reichstagesamtes ist ehrenamtlich, es unterstand bis zum 30. Januar 1933 dem Reichsinnenminister und ist seit der Einsetzung der Regierung Hitler dem Reichsarbeitsminister und Stahlhelmführer Franz Selbde unterstellt worden. Im Reichsgebiet bestehen dreizehn Untergruppen, unter ihnen eine besondere Gruppe für Wassersport.

General Edwin von Stülpnagel begann sofort mit der Arbeit. Zwar verbot die Bestimmungen des Versailleser Vertrages nach Artikel 177 nicht nur die allgemeine Wehrpflicht, sondern auch die Erziehung der Jugend in militärischen Formen. Auf diese Formen, die teilweise der Weltkrieg bereits widerlegt hatte, aber kommt es schließlich nicht an. Kein Diktat kann uns verbieten, unsere Jugend zu den Grundeigenschaften einer wehrhaften Jugamamtschaft zu erziehen. So begann das Reichstagesamt mit der Förderung von Leibesübungen, so organisierte es das festher recht planlos betriebene Kleinkaliberchießen, so nahm es sich vor allem der natürlichsten und lebendigsten Sportart an, die jedem frischen Jungen immer noch am meisten Freude macht, des Geländesports. Hier kann sich der durch die allgemeinen Leibesübungen geschulte Körper in allen Hindernissen und Widerständen, die Wald und Feld, Berge und Flüsse bieten, bei jedem Wetter und jeder Tageszeit erproben. In diesem Maße wurde jedoch auch mit der Förderung des deutschen Landwirtschaf erziehenden Wasserwanderns im Faliboot und des Reits und Fahrsportes begonnen.

Es kommen in Frage die Jahrgänge zwischen 16 und 26 Jahren. Es sind die Jahrgänge, die am meisten unter einer falschen Erziehung und der schweren Wirtschaftskrise zu leiden hatten. Sie müssen als erste durch eine straffe, von Kameradschaft und Zucht erfüllte gemeinsame Leistung körperliche und sittliche Widerstandskraft bekommen und es erlernen, die Opferwilligkeit für die Gesamtheit der Nation über alle privaten und persönlichen Wünsche zu stellen. In den 16 Geländesportschulen und in der einen Wasser- sportschule werden seit Oktober 1932 geeignete Mitglieder der herangesagten Bünde zu Hilfslehrern erzogen. Die Kurse dauern drei Wochen

und umfassen neben den Leibesübungen, dem Kleinkaliberschießen den eigentlichen Geländesport, also Ordnungsrundfahrten im Gelände, freies und fröhliches Wandern, Kartenlesen, Sinnesübungen, Entfernungsschätzen, Orientierung, Anfertigung von Meldungen und Skizzen, Geländekunde und Geländebeschreibung. Der Lehrgang auf der Wassersportschule dauert vier Wochen und umfasst neben den Leibesübungen und dem Kleinkaliberschießen eine seemannische Grundausbildung, Hochseefischen, Bootssport, Signalmessen und die Orientierung auf See.

Die Teilnahme, also Unterbringung, Verpflegung und Einkleidung sind kostenlos, für die An- und Abreise wird von der Reichsbahn eine 50prozentige Ermäßigung gewährt. Schon jetzt läßt sich sagen, daß die Lehrgänge zur Ausbildung von Volkshilfswachmannschaften einen vollen Erfolg erzielt haben. Die Politik, soweit sie Parteipolitik ist, wird grundsätzlich ausgeschaltet. Die Freiwilligkeit des Dienstes ist die erste Tugend, auf der sich alle anderen aufbauen. In der Freizeit schafft gemeinsamer Gesang oder ein Vortrag über die allen Deutschen gemeinsamen Lebensfragen die feste Gemeinschaft aller Teilnehmer. Die in ihre Bünde und Vereinigungen zurückkehrenden Volkshilfswachmannschaften sind befähigt, das Erlernen weiter zu geben und damit ihrerseits zu der Gesamtentwicklung der deutschen Jugend beizutragen. Der Tod des Generals von Stülpnagel hat zwar eine schwere Lücke gerissen, das Werk als solches aber ist nicht bedroht und wird schon in den nächsten Tagen einen geeigneten neuen Führer erhalten.

Polnische Uebergriffe.

Polnischer Grenzschutzkommissar fordert zur Verletzung der deutschen Grenze auf.

TU. Danzig, 8. März.

Wie verlautet, hat der Grenzschutzkommissar in Neustadt einen Geheimbefehl an die Grenzmannschaften erlassen, in dem er auffordert, sobald wie möglich einen Angehörigen des deutschen freiwilligen Arbeitsdienstes zu ergreifen. Der Angehörige des deutschen freiwilligen Arbeitsdienstes solle von den polnischen Behörden festgenommen und verhöört werden. Gelegenheit zur Ergreifung werde sich bieten, sobald der freiwillige Arbeitsdienst in der Grenzzone tätig sein werde. Es schade nichts, wenn bei dieser Gelegenheit die deutsche Grenze verletzt werde. Er werde persönlich jeden polnischen Beamten beden, der sich bei der Gelegenheit einer Grenzverletzung schuldig mache. Für die Ergreifung des Angehörigen des deutschen freiwilligen Arbeitsdienstes ist für den Grenzschutz eine Belohnung von 50 Zloty ausgesetzt worden.

2 Reichsdeutsche Studenten im Korridor verhaftet.

(1) Danzig, 9. März.

Wie erst jetzt bekannt wird, wurden am Sonntag nachmittag auf dem Dirschauer Bahnhof zwei reichsdeutsche Studenten der Danziger Technischen Hochschule, die sich am Wahlfesttag nach Marienburg begeben hatten und sich auf der Rückreise nach Danzig befanden, ohne irgend welchen Grund verhaftet. Die Verhafteten sind die reichsdeutschen Studenten Weisbach und Göbe. Beide wurden, da sie sich auf dem Dirschauer Bahnhof in deutscher Sprache unterhielten, in üblester Weise von den Polen bestraft, worauf ein polnischer Polizist erschien und beide ohne weiteres in Haft nahm. Sie wurden dem Gefängnis zugeführt. Dort sind sie noch heute.

Der Rechtsbruch auf der Westerplatte kommt vor den Völkerbundsrat

(1) Genf, 9. März.

Der Danziger Völkerbundskommissar Kottina hat in einem Schreiben an das Generalsekretariat des Völkerbundes die Belohnung der

Danziger, Westerplatte durch polnische Polizeitruppen vor den Völkerbundsrat gebracht. Der Völkerbundskommissar beantragt eine Feststellung des Völkerbundsrates, ob das Vorgehen der polnischen Regierung als eine „action directe“ anzusehen sei, die nach den geltenden Bestimmungen verboten ist. Die Feststellung des Völkerbundsrates soll sich jedoch nicht lediglich auf die Befestigung der Westerplatte, sondern auch auf die Frage der Hafenvolizei ausdehnen. Der Generalsekretär des Völkerbundes wird die Angelegenheit unverzüglich den Ratsmächtern unterbreiten. Es steht noch nicht fest, wann der Völkerbundsrat zur Stellungnahme zu der hier viel erörterten Angelegenheit zusammenzutreten wird.

Die badische Regierungsfrage.

Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Zentrum. — Entscheidung erst am Montag zu erwarten.

Ob das Eingreifen des Reichsinnenministers in Baden einen Einfluss auf die im Gang befindlichen Verhandlungen über die Umbildung bzw. Neubildung der badischen Regierung ausüben wird, läßt sich im Augenblick noch nicht erkennen. Die am Dienstag zwischen dem Chef der badischen Zentrumspartei, Dr. Föhr, und dem badischen Gauleiter der NSDAP, Landtagsabgeordneten Köhler, aufgenommenen Besprechungen sind am Mittwoch unter Hinzuziehung eines Vertreters der Deutschnationalen fortgesetzt worden. Diese Verhandlungen haben sich, wie von der deutschnationalen Landtagsfraktion mitgeteilt wird, bereits mit der Verteilung der Ministerien befaßt. Dem Verhandlungsführer des Zentrums ist dabei ein positiver Vorschlag der beiden Rechtsparteien unterbreitet worden. Dr. Föhr nahm diesen Vorschlag entgegen, enthielt sich jedoch jeder Stellungnahme, weil er zunächst dem Zentrumsvorsitzenden und der Landtagsfraktion des Zentrums zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll.

Am Sonntag treten nun die Parteinstanzen des Zentrums zusammen, um ihr Urteil zu dem Vorschlag der Verhandlungspartner abzugeben. Auf beiden Seiten wird freudigste Zustimmung über den Inhalt der Verhandlungen gemeldet. Vor Montag ist also, wie aus einer parteiamtlichen Mitteilung der NSDAP hervorgeht, keine Entscheidung über die Frage der Regierungsbildung in Baden zu erwarten, da die Nationalsozialisten erst an diesem Tag von dem Beschluß der Parteinstanzen des Zentrums in Kenntnis gesetzt werden. Die Gauleitung der NSDAP veröffentlicht über die Verhandlungen am Mittwoch folgende Mitteilung:

„Die Besprechungen über die Regierungsumbildung in Baden wurden heute unter Hinzuziehung eines Vertreters der Deutschnationalen Volkspartei fortgesetzt. Während gestern nur allgemeine Fragen besprochen wurden, befaßte man sich heute mit der Zusammensetzung einer neu zu bildenden Regierung und der Besetzung der Ministerien. Von nationalsozialistischer und deutschnationaler Seite wurde ein positiver Vorschlag gemacht. Der Verhandlungsführer des Zentrums nahm diesen Vorschlag entgegen, ohne selbst dazu Stellung zu nehmen. Der Parteivorstand und die Zentrumsfraktion werden sofort einberufen, um zu diesem Vor-

Tschanghsueliang zurückgetreten.

(1) Peking, 9. März.

Marshall Tschanghsueliang ist von seinem Posten als Oberbefehlshaber der in der Provinz Jehol operierenden chinesischen Truppen zurückgetreten. In einem letzten Befehl an seine Armee betont Marshall Tschanghsueliang, daß sein Rücktritt erzwungen sei und daß alle Beschuldigungen gegen ihn unbegründet seien. Er habe seinerzeit die chine-

fische Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß die Chinesen nur dann in der Lage sein würden, ihren Pflichten gegenüber dem Vaterlande zu genügen, wenn sie mit genügendem Kriegsmaterial versorgt würden. Dies sei nicht geschehen. Der Marshall erklärte weiterhin, daß er jederzeit bereit sei, sich als einfacher Soldat in den Dienst des chinesischen Volkes zu stellen.

Die chinesische Regierung ist von mehreren nationalen Verbänden ersucht worden, gegen Marshall Tschanghsueliang einen Haftbefehl wegen Hochverrats zu erlassen. Der Kriegsminister erklärte hierzu, daß das Kabinett zusammentreten werde, um über diese Frage zu entscheiden.

Deutscher Protest in Madrid.

22. Berlin, 9. März.

Vor dem deutschen Konsulat in Sevilla und dem deutschen Generalkonsulat in Barcelona haben kommunistische Kundgebungen stattgefunden. Dabei sind in Sevilla die Diensträume des Konsulates beschädigt und die Fenstersteine zertrümmert worden. Der deutsche Botschafter in Madrid hat sofort wegen dieser Vorfälle bei der spanischen Regierung Protest erhoben. Die spanische Regierung hat sich entschuldigt und erklärt, sie bedauere diese Vorfälle und werde für sämtliche deutschen Konsulate polizeilichen Schutz stellen. Der deutsche Botschafter hat darauf hingewiesen, daß ein polizeilicher Schutz allein nicht genüge. Die Ursache der Vorfälle liege in der unzureichenden Pressefreiheit. Es werde gebeten, schnellste Maßnahmen dagegen zu ergreifen.

schlag Stellung zu nehmen. Eine Entscheidung ist daher vor Montag nicht zu erwarten.

In der Presse wird davon gesprochen, daß die Nationalsozialisten bei den Koalitionsverhandlungen für sich den Staatspräsidenten und das Innenministerium beanspruchen. In politischen Kreisen glaubt man aber nicht, daß sich die Nationalsozialisten mit diesen beiden Posten begnügen werden und hält es vor allem für unwahrscheinlich, daß sie dem Zentrum das Kultusministerium weiter überlassen werden. Man wird schon die Veröffentlichung des Vorschlags an das Zentrum abwarten müssen, ehe man in der Frage der Regierungsumbildung in Baden klarer sieht.

Die Arbeitsbeschaffung.

Beschleunigung der Vorprüfung. — Fristsetzung 20. März.

Berlin, 9. März.

Der Reichskommissar für die Arbeitsbeschaffung setzt sich bekanntlich mit Nachdruck für die Abwicklung des Sofortprogramms ein. Leider haben einige Vorprüfstellen ihre Arbeiten nicht mit der gewünschten Beschleunigung durchgeführt. Aus diesem Grunde hat Reichskommissar Gerete in einem Rundschreiben an sämtliche Vorprüfstellen eine Frist bis zum 20. März gesetzt, innerhalb der die noch vorliegenden Anträge bearbeitet sein müssen. Vom 20. März ab wird der Reichskommissar ohne Rücksicht auf eine bezirksmäßige Aufteilung der Mittel die vorliegenden Anträge bei der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten zur Entscheidung bringen. Die Notwendigkeit der Beschleunigung gilt selbstverständlich in gleichem Maße für die an die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt gerichteten Anträge.

In einem Rundschreiben vom 19. Januar 1933 hat der Reichskommissar den Aufgabenkreis der beiden für die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms in Frage kommenden Kreditinstitute mitgeteilt. In der Praxis sind Schwierigkeiten entstanden, weil die Ämter vertreten wurde, Straßen und Wege in geschlossenen Ortsteilen der ländlichen Gemeinden gehörten nicht zur Zuständigkeit der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt. Diese Auffassung trifft nicht zu. Die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt wird vielmehr solche Anträge behandeln.

Da die in den Durchführungsbestimmungen zur Arbeitsbeschaffung vorgesehene Rente von

6 v. H. bei 20-jähriger Laufzeit für die eigentlichen Meliorationsarbeiten bei den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen im allgemeinen nicht tragbar erscheint, hat der Reichskommissar sich in Zusammenarbeit mit dem Reich und preussischen Reichsrats um eine Verbilligung der Rente bemüht. Durch diese Bemühungen ist eine Senkung der Rente erreicht worden. Bisher war es so, daß bei einer Laufzeit von 20 Jahren die Rente 6 v. H. betrug. Diese Rente ist nunmehr auf 3 v. H. gesenkt worden. Diese Regelung erstreckt sich vorläufig nur auf Preußen, wo nunmehr Meliorationsarbeiten in Höhe von 60 Mill. RM. auf Grund dieser Regelung möglich sind. Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung hat sich aber bereits mit den nicht preussischen Ländern in Verbindung gesetzt, damit auch dort entsprechende Bestimmungen erlassen werden. Auf das gesamte Reichsgebiet umgerechnet würden dann landwirtschaftliche Meliorationsarbeiten in Höhe von 90 Mill. RM. im Rahmen des Sofortprogramms möglich sein.

Schöne weiße Zähne

erhalten Sie bei täglichem Gebrauch von Chlorodont, der Zahnpasta von höchster Qualität. Sprechen im Verbrauch. Tube 50 Pf. und 80 Pf. Verlangen Sie nur Chlorodont und weisen Sie jeden Erfolg dafür zurück.

Zeit Stoß.

Zum 400. Todesjahr des Nürnberger Holzbildners.

Von
Eise Vindmann.

Man schrieb das Jahr 1506 und es war Winter in Nürnberg, als Albrecht Dürer von seiner Italienreise in die Heimatstadt zurückkehrte. Sein Freund Willibald Pirckheimer hatte die Hofschafferei empfangen und war selbst in das Haus unter der Westen gegangen, um Frau Agnes die Ankunft des Gatten zu melden. „Danke der Nachricht“, hatte sie nur gesagt und sich dann so als ob die Arbeit gemacht mit Besen, Eimer und Scheuerloch. Wer hätte Frau Agnes Dürer je anders gesehen? Der Mann, den sie jetzt nach einjähriger Abwesenheit zurückermartete, hatte sich hineingesunden in das Scheuern und Bürsten und Hasen, und seine alte Mutter, die in einem Stübchen des oberen Stockwerkes lebte, ein krankelndes, schwermütiges Weibchen, hielt ängstlich die Tür versperrt, wenn die Schwieger, vom Scheuerloch besessen, die eiskalten Winterluft durch das Haus jaate.

In der Stadt sprach es sich rasch herum, daß Meister Dürer in Bände zurückkäme, und so hörte es auch einer, der seit drei Jahren nicht mehr auf die Gasse gegangen und der doch vor diesen drei Jahren ein großer und achtbarer Mann in Nürnberg gewesen war, Zeit Stoß, der Holzbildner. Am Abend des 12. November klopfte es an die Tür des Dürerhauses und als die Magd öffnete, stand draußen im Schneetreiben ein alter Mann, der nach Meister Dürer frant.

„Der Herr und die Frau sind beim Nachtmahl“, meinte die Magd ängstlich und sah den Alten misstrauisch an.

„Kennst mich nicht mehr, Mädchen?“ fraute dieser und drehte sich, so daß der Schein der Laterne im Hausflur auf sein Gesicht fiel.

„Meiner Seele“, der Meister Zeit Stoß! Jetzt erkenn' ich Euch wohl“, rief sie aus und eilte in das Zimmer.

Gleich darauf kam Dürer heraus, stattdlich und wohlgekleidet, ein Mann in den Dreihügeln mit seidenweichem Bart und langem Haupthaar. „Ist's möglich, daß Ihr es es wirklich seid? Gott segne Euch den Eingang in mein Haus.“ rief er erfreut und reichte dem Alten beide Hände. Der ergriff sie und drückte sie fest. „Ich wußte, daß Ihr mich so empfangen würdet“, antwortete er, „sonst wär' ich nie kommen. Sagt, könnt' ich Euch für eine halbe Stunde allein sprechen?“

Im Stübchen war es warm und im Sessel am gedeckten Tisch saß es sich gut. Der Meister Stoß hatte sich lange nicht mehr so wohl gefühlt, als als Frau Agnes gegangen war, blieb es eine Weile still zwischen den Männern. Wie verändert er ist, dachte Dürer und betrachtete teilnahmsvoll den Gast, der mit gebengtem Rücken ihm gegenüber saß. Vor drei Jahren war es gewesen, als man ihn vor allem Volk auf dem Markt einen Fälscher und Verräter geheißen hatte und ihm vom Henker ein Mal auf den bloßen Rücken hrennen ließ, ohnegedacht, daß der, der diese Schmach dulden mußte, Zeit Stoß hieß und fünfundsiebzig Jahre alt war. Wohl hatte man die Schuld erwiesen, aber wer war so gerecht, um ohne Fehl urteilen zu können? Wortbruch und Verrat gegen die Vaterstadt, so hatte die Anklage gesagt. Wer aber kannte die Zusammenhänge so genau, die Hände und Einkünfte, denen der aus Krakau mit hohen Ehren Zurückkehrte unterlegen war, und die ihm dann Wohlstand und Ansehen kosteten, daß er Jahre hindurch wie ein Verräter lebte und sein Haus nicht mehr verließ? Was mochte ihn jetzt hergetrieben haben?

„Auf Euer Wohl, Meister“, unterbrach Dürer das Schweigen und trank dem Gast zu. Der raffte sich zusammen. „Danke der Wohlthat“, erwiderte er und nahm einen langen Zug. „Es ist lange her, daß ich Wein getrunken hab' und so unten obendrein. Man sollte meinen, der alte Zeit Stoß wär' längst gestorben, und der hier sitzt, wär' nur ein Gespenst und wüß' selbst nicht mehr, daß in der Frauenkirche zu Krakau ein großer Altarwerk von ihm steht und im Dom selbiger Stadt ein berühmtes Grabmal des Königs Kasimir. Ist es denn noch wahr, daß man ihn einen Meister der Holzbilderei nannte und den

Offenbarer eines neuen Geistes der plastischen Kunst?“

„Wie sollt es nit wahr sein“, eiferte Dürer, „wer könnte Euer Werk nit und seine herbe Kraft und Leidenschaft? Nit umsonst lacht die Nürnberger Schul' in Euch ihr Vorbild.“

Der Alte schüttelte den grauen Kopf. „Nein, nein, Zeit Stoß lebt nit mehr. Vor dreien Jahren hat man ihn hier auf dem Marktplatz totgeschlagen. Schlimmer noch! Den Geist hat man ihm totgeschlagen und den Leib geachtet, seitdem regt sich nichts mehr in seinem alten Kopf, die Hände sind ihm lahm worden und das Werkzeug trocken Staub und Rost.“ Der Alte war zusammengesunken. Still saß Dürer ihm gegenüber. Er wußte das alles. Mehrmals in diesen Jahren hatte er es versucht, in die verfallene Werkstatt des Unglücklichen Einlaß zu erhalten, aber es war ihm niemals geöffnet worden. Ebe er nach Italien ging, war er zum letzten Mal dort gewesen und hatte einen Brief hinterlassen. „So Ihr mich braucht, schickt nach mir, und ich komme, wenn ich wieder daheim bin.“

Da begann Meister Stoß wieder zu sprechen. „Verzeiht mein Auaen... auch, daß ich Euch geküßt hab' so bald nach der langen Reil“. Habt Ihr viel geschafft im Süden?“

„Wollt's meinen! Es ist ein aeganeet Land für uns Künstler“, rief Dürer enthusiastisch aus und sprang auf, um seine Studienmappe zu holen. Als er sie auf den Tisch legen wollte, ärgerte er. Ob es den Gast nicht verlegen mochte, wenn er ihm das Ergebnis seiner reichen Schaffenskraft zeigte? Doch Zeit Stoß hatte ein seltsames Licht in den Augen. Sein Kopf beugte sich vor und die Hand artiff selbst nach dem Leuchter, um ihn näher zu sehen. Da schlug Dürer die Mappe auf.

Zwei Stunden vergingen und die beiden Männer sprachen von Kunst, erzeiferten sich und verständigten sich wieder, aber während des Beschauens und Sprechens verwandelte sich der Gast immer mehr. Was Dürer in Italien gelernt hatte, die große, ruhige und aemessene Linie, das war es, was Zeit Stoß anrührte, den Geist in ihm erweckte. Seine Augen funkelten, seine Gebärden wurden lebhaft, und als Dürer die Mappe schloß, aimete der Andere tief auf.

„Das hat mich belebt in Hirn und Gebein, junger Freund. Wahrlich, Ihr seid ein großer Meister geworden, und Deutschland wird Euch als einen der Besten preisen. Gebe Gott, ich könnt' noch einmal schaffen, wie ich's jetzt in dieser Stunde möcht, und mich herausheben aus der Schmach und wieder einer werden, den man achten sollt' zu Nürnberg und darüber hinaus.“

„Und warum sollt' dieses nit möglich sein?“ frante Dürer. „Ich glaub' nit, daß eines echten Künstlers Geist herben kann, solange noch der Leib Leben hat und Kraft. Ihr seid noch rüstig aenua, Meister Stoß, und ich mein' wenn Ihr nit wieder anfangen wölltet, so würdet Ihr bald merken, daß nit wahr ist, was Ihr selbst Euch vorredet.“

Als Meister Stoß sich verabschiedete, sagte er: „Es hat mir keine Ruh' gelassen, als ich hörte, daß Ihr wieder heimfehrt wäret, und hat mich zu Euch getrieben. Nun ich von Euch aebe, weiß ich, warum es so war. Ihr habt wieder ein Fünkeln Schaffenswillen und Lebenshoffnung in mir an'fach und manches hab' ich aus Euren Blättern abgelesen, was mir zu denken aibt. Will's Gott, so kann ich bald wieder ein nütliches Dasein führen und dank es dann nit zu letzt Euch, junger Freund. Und nun lebt wohl und habt eine gerühmte Raat.“

Am andern Morgen ging Dürer zu Michael Wolgemut und hielt lange Rat mit ihm, und einige Tage danach geschah es, daß Wolgemut in der Werkstatt des Meisters vorsprach und ihm das Schätzwerk für den großen Mäuelaltar der Stadtkirche zu Schwabach in Auftrag gab, dazu er selbst die Gemäldetafeln in Arbeit hatte. Das neue Schaffen begann und aelana. Die Kräfte des Greises wuchsen von Jahr zu Jahr und dann kam der Tag, an dem die Stadt Nürnberg ihm seine bürgerliche Ehre wiedergab und die Junft ihn von neuem feierlich in ihren Kreis aufnahm. Mit achtzig Jahren schuf er den großen Rosenkranz mit der Verbilligung der Maria für den Chor der Lorenzkirche, und fast neunzig Jahre war er alt, als er mehrere Kunstgruppen für St. Lorenz, St. Sebald und St. Jakob fertigstellte. Fünf Jahre später nahm ihn ein sanfter Tod das Werkzeug aus den Händen.

Schicksale rasen — Meine Weltkriegs-Odysee in Rußland, Sibirien und Persien

Von FRANZ MASKE, Major a. D.

Copyright by Robert Lutz Nachfolger Otto Schramm, Stuttgart.

Kampf und Sterben der Verdammten.

Das grausame Sibirien. — Der Britschentod. — C'est la guerre! — Gefangene auf Landarbeit. — „Die Deutschen sehen auch wie Menschen aus.“

Das Steppenland will gar nicht enden. Die Sonne, die im Untergang von Westen her das Land beschaut, schießt uns, wenn sie mit goldenen Strahlen im Osten vorlugt, immer noch in unserm Zug im gleichen Bild der weiten Steppe. Vier Tage lang Unendlichkeit in Land und Meer. Hier Tage lang Unendlichkeit in Land und Meer.

Wiegen an den Flüssen und großen Seen, die eine Flut von Fischen hegen, unerschöpflich reich. Die unberührten Wälder bergen hohe, starke Stämme. Gebirge warten mit ihren Schätzen an Kohlen, Eisen, Kupfer, Platin, Silber, Gold auf fleißigen Bergmanns schürfend scharfe Dade.

gefangenen sorglos aus wie schmutziges Wasser in die Gasse. Der trockene Schwamm wird es schon trinken. Raum ist genügend da, doch Raum allein, sonst nichts.

Raum hat der Krieg begonnen, kommen lange Züge mit „Mennys“ nach Sibirien. Niemand weiß, wohin mit all den Menschen. Die größte Menge schludt Sibirien. Man stopft sie in die wenigen Städte vom Ural bis zum Japanmeer.

Sie treiben tiefe, lange Gräben in den Boden, formen ein Dach aus Holz und Stroh und Stroh, Erdhöhlen, die in Schnee begraben, in Dunkelheit verborgen sind. Hohe holzgefügte Pritschen mit einem Klotz als Rücken für den Kopf sind die Gestalt. Ein kleiner Ofen soll Wärme in die Höhle bringen.

„Viel er sich selbst, dann hilft ihm Gott.“ In überfüllten, kalten Räumen, auf harten Prit-

schen schlecht krankheit um, Glend und Rot. Noch ist kein Rettungswort im Gange. Zur Selbsthilfe fehlen Mittel, Geld, Arzneien, Ärzte, Krankenpfleger und warmes Stroh.

Die Russenkommandanten in den Lagern sind selber ratlos. Bei ihnen fehlt es nicht allein an Mitteln, nein, auch an gutem Willen und an Kraft. Stumpf sinnig, grausam, gleichgültig und feig verurteilen sie mit ihren tyrannischen Befehlen so manchem Mißverstand den wohlgemeinten Weg. Das Mißgeschick als unumhinderter Herrscher wirkt sich mit allen Folgen aus.

Glend und schwach, verlaßt, enttäuscht und geknechtet kämpfen verzweifelt die Gefangenen gegen das Leibes und der Seele Untergang. Der Flecktyphus, des dunklen Miasmas grauenvolle Pest, fällt in die Lager. Bei guter, sachgemäßer Pflege ist Heilung möglich, doch hier in all dem Glend nicht. Wen er befaßt, ist rettungslos verloren. Durch die Lager schreitet Entsetzen. Wie durch ein Kornfeld mäht mit seiner Sense hin der Tod. Er hat es leicht, denn allzu gut ist ihm das Feld bereitet.

Der tief gefrorene Boden läßt die Toten nicht begraben, und auch die Kraft der Lebenden versagt. Man zerrt die Leichen aus den Häumen und wirft sie vor das Tor, wo sie in Häufen wüst zusammenfrieren. Gefrorene Pest; ein grausiges Erwachen und große Gruben, die man Gräber nennt.

Die Russenkommandanten zucken die Achseln: „C'est la guerre!“, und sitzen diese Soldaten bei ihrem Schnaps, dann sidert alle Mut in ihren Hirnen unter. Es fehlt nicht nur allein an Mitteln.

Auf allen Haltestellen erzählen Kriegsgefangene, die irgendwo „auf Arbeit“ sind und frei sich tummeln, von dem großen Sterben in den Lagern. Sie sind die Glücklichen, die außerhalb der Menge ein glückliches Schicksal in Ruhe leben läßt. Sie haben es recht gut in Dörfern auf dem Lande. Die Bauernfrauen, deren Männer im Kriege stehen, sind froh, daß diese hier das Feld bebauen und das Herdchen schirren. Vor allem die Deiterreicher sind wohlgeleitete Gäste. Ihr heiteres, lebenswütziges Wesen, ihr Anpassungsvermögen macht sie den Frauen angenehm und unentbehrlich.

Auf der Station Kainin verlassen wir zum zweiten Male den Zug. Die Stadt liegt einige Kilometer entfernt. Warum nicht an der Bahn? Wir sind in Rußland. Beim Bau der Bahn verlangte der Unternehmer von der Stadt einen großen Geldbeitrag zur Unterstützung seines Werkes. Doch da die Stadt nicht zahlen wollte, geht heute die Strecke weit an ihr vorbei. Als die Stadtväter später den Aufschwung sahen von den Orten an der Bahn, bauten sie sich eine eigene Bahn bis an die Lebensader. Die Schienen sind gelegt, doch zum Betriebe reicht das Geld nicht aus. Auf der verfallenen Strecke wuchert Unkraut, rostige Schienen ziehen sich in stummer Klage nutzlos durch die Jahre. Mühevoll auf kleinen Wagen über tiefe järdige Wege fährt man die Ware nach der Bahn. Warum auch haben die Städter nicht gleich gezahlt! Jetzt nennt man sie mit Wachen dumme Kerle.

In der Stadt vor dem Kommando warten wir auf den Befehl zur Unterkunft. Der Tag vergeht, die Nacht, wir hocken draußen auf dem Koffer und warten. Endlich hat der Kommandant einen lichten Augenblick, in dem ihm die beste Lösung gelingt. Er schickt uns nach der Bahn zurück.

Es sind nun schon sechs Wochen, daß wir aus unserer vierten Klasse das Land beschaun. Auf den Haltestellen sitzen behäbige Bäuerinnen in bunten Tüchern und bieten köstliche Herrlichkeiten feil, Spänerkel, Butter, Brot und Wurst und Schinken, Gebäck mit Fleisch und Kohl gefüllt. Für einen kupfernen Kopfen gibt jede Bauersfrau uns gerne drei gekochte Eier. Alles ist gut, reichlich und billig. Kostlos läuft heißes Wasser aus vielen Kränen, an denen wir unsern geliebten Tschaimik füllen. Das heiße Wasser benötigen wir zum Tee und auch zum Waschen unserer Wäsche.

„Habt Ihr auch Deutsche im Transport?“ — „Ja, drei, sie sitzen dort!“ Mit großen Augen und mit aufgerissenen Mäulern betrachten sie uns schon von weitem und sind enttäuscht: „Sie sehen ja genau wie Menschen aus und sind ganz ruhig!“ Wahrscheinlich hat die Deutschenbegehr uns Teufelsböhrer angeblüht.

(Fortsetzung in der morgigen Ausgabe).

Krise in Hollywood.

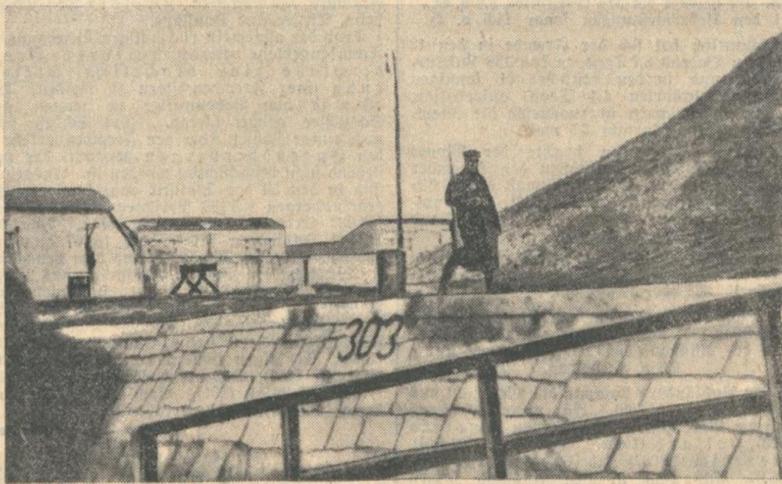
Gehaltskürzung für die Filmstars. — Verträge vorübergehend ungültig.

Reuport, 9. März.

Die Bankenkrise hat sich auch auf die bekannte amerikanische Filmstadt Hollywood ausgebreitet und dort stark ausgewirkt. Die Universal Film Company hat ihre Produktion vorübergehend eingestellt, weil die Ueberweisung an der Gehälter aus Reuport unterbunden war. Die übrigen Filmgesellschaften sowie zahlreiche andere Industrieen haben ihren Betrieb noch vorläufig aufrecht erhalten, ihre Produktion während der Bankferien aber stark eingeschränkt. Die Motion Picture Producers Association hat an ihre sämtlichen Angestellten einschließlich der Filmstars die Forderung gerichtet, sofort eine 50proz. Gehaltskürzung für die Dauer von acht Wochen anzunehmen. Die Kürzung trifft die Gehälter über 50 Dollar wöchentlich. Falls die Gehaltskür-

zungen nicht angenommen werden sollten, würde sich die Gesellschaft gezwungen sehen, ihre Areliers zu schließen. Bei der Foxstudio haben sich 1900 Angestellte mit einem vierwöchigen Gehaltsferienvertrag einverstanden erklärt. Als Entschädigung dafür gibt die Gesellschaft ihren Angestellten kostenfreie Mahlzeiten. Ferner sieht die Gesellschaft davon ab, vorläufig neue Filme herzustellen sowie die bereits fertiggestellten freizugeben. Es sollen lediglich die bereits angefangenen Filme zu Ende geführt werden. Sämtliche Verträge der Filmstars, der Direktoren u. a. sind vorübergehend für ungültig erklärt worden. Hunderte von Angestellten mußten infolge der Einschränkungen entlassen werden. Durch die Entlassungen für die Banken werden die Schwierigkeiten Hollywoods wieder teilweise behoben. Die ausgeprochenen Atomnachrichten aus Hollywood sind übertrieben.

Die „Wester-Platte“.



Polnische Wache auf der Festungsmauer der Wester-Platte, eine Geheim-Aufnahme, die dem Photographen erst nach stundenlangem Warten gelang. Mehrere Photographen, die solche Aufnahmen versuchten, wurden angeschossen.

Die Danziger Regierung hat eine dringliche Beschwerde an den Völkerbund gerichtet, nachdem Polen neuerdings 100 Soldaten zum angeblichen Schutz des Munitionslagers auf der Wester-Platte gelandet hatte, obwohl es nur berechtigt ist, eine Wachtruppe in Höhe der bisherigen 90 Mann zu unterhalten. Die Westerplatte war ehemals ein beliebter Badestrand der Danziger Bevölkerung. 1924 wurde sie Polen auf Beschluß des Völkerbundes übergeben, damit es dort einen Hafen zur Ausschiffung von Munition unterhalten könne.

Nur hier in Rußland konnte ein Rajputin, „der heilige Teufel“, aus seiner Bauernkate irgendwo dort in Sibirien aufspringen wie ein ungeflächter Faun und, Heiliges mit Teufelchen wirr und eng vermischt, sich an den Thron des Jaren stellen, um geheim und offenbar Rußland in seinen Schicksalsstunden zu beraten. Ein Bauer, schmutzig, hart und wild, ein finsterner Mönch mit suggestiver Macht, ein Trinker, widerlich und roh, ist belliger Wunderkater, der geheime Zar, und Rußlands erste Frauen sind beglückt, wenn sie, die Zaren, die Verwöhnten, sich in den Bauernhäufen wunden und sich von ihm „mein Täubchen“ nennen lassen.

Der Russe rühmt sich seiner „breiten Seele“, die ihm zum Sprichwort schon geworden ist. Sie gleicht dem Land, dem weiten, grenzenlosen, sie weilt dahin im ruhigen Gleichmaß grauer Steppen, in denen plötzlich große Städte stehen. Sie hebt sich hoch empor zu reinen Höhen und stürzt sich in abgrundtiefes Meer. Die „breite Seele“ birgt geheimnisvolle Rätsel.

Wenn in Amerika die Möglichkeiten unbegrenzt sind, sind sie in Rußland unbegrenzt. Hier wirken schroffe Gegensätze, Längen und Ueberschneidung mit.

Vom Schienenweg, der Ost und West der großen Welt mit seinem Eisenband verbindet, schauen wir auf unserer Reife bunte Bilder.

Zwar knüpft die Bahn Europa an den Fernen Osten, doch blieb Sibirien bis jetzt Durchgangsland. Wenn auch die Städte an der Strecke durch die Regierung, durch Beamte, durch den Verkehr der Fremden, die Handel treiben, langsam sich entwickeln, so ist das Volk des Landes erschrecklich weit hinter der Zeit zurück.

Lokomotiven ziehen Züge durch schlafendes Gebiet. Laut heulen sie durch Wald und Berge, durch Steppen ihren Schrei: Steht auf zu neuem Leben! Der Weidruf doch verhallt, verhallt in Sümpfen und erstickt.

Sträßen und Burjaten traben auf ihren Pferden durch die Weiten und führen ihr Nomadenleben wie in grauer Vorzeit fort.

Der Sibirial, der Erbe der russischen Eroberer, ist sechhaft und bebaut die Scholle um sein Gehört herum, doch nur so weit, daß die Kamille und er zu fargem Leben hat. Sie sind genügsam und bescheiden.

In Wäldern und an Flüssen wohnen in tiefer Einsamkeit und wildem Dunkel Jäger und Fischer ihr stetem Kampf mit der Natur.

Politische Verbante kümmern ihr Dasein in den Dörfern und Städtchen mit kleinem Dandwert düstlich durch.

Ein jeder ist zufrieden, wenn ihm der Ofen seine Hütte wärmt, und wenn der Samowar, das Brunnstück seiner Habe, in leisem Brodeln tauria singt, dann ist er glücklich und verzichtet mit „Mitschewo!“ gern auf die Herrlichkeiten dieser Welt. Der innere Antrieb fehlt.

Sibirien ist nicht ganz in Schnee vergraben, im Sumpf der Tundra rettungslos ertrunken. In seinem Süden lebt's. Hier scheint die gleiche Sonne wie in Italien und bei uns.

Fruchtbarer Bodens große Strecken hält es für Arbeitswillen, Kraft und Mut bereit. Getreide kann hier wachsen, Vieh sich nähren auf den Steppen und an dem saftigen Grün der

in allen neuen Webarten, Melangen und Farben in unerreichter Auswahl, geschmackvoll und in ausgesucht schönen Qualitäten stets Gelegenheitsposten

Grösste Leistungsfähigkeit
Fachmännische Bedienung
Billigste Preise

Herrrenstoffe

Leipheimer & Mende

Badische Rundschau.

Stillstand der Arbeitslosenziffer in Südwestdeutschland.

In der zweiten Hälfte des Februar hat die Belastung des Arbeitsmarktes trotz der ungünstigen Witterung, welche erneut zur Unterbrechung zahlreicher Außenarbeiten zwang, nicht mehr weiter zugenommen, so daß das am 28. Februar bei den württembergischen und badischen Arbeitsämtern registrierte Kräfteangebot von insgesamt 337 513 Personen gegen die Monatsmitte der Zahl nach unverändert blieb. Auf Württemberg und Hohenzollern kamen 143 865 Arbeitsuchende und auf Baden 193 648.

Die Entwicklung der Unterstützenzahl wies in der Arbeitslosenversicherung erstmals seit mehreren Monaten eine Abnahme um 1600 Hauptunterstützungsempfänger auf, während die Zahl der Kriegunterstützten nochmals um 2272 gestiegen ist. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist nun 582 oder 0,4 v. H., nämlich auf 150 260 Personen (125 070 Männer, 25 190 Frauen) gestiegen, davon kamen auf Baden 80 849 gegen 80 803 am 15. Februar 1933.

Hakenkreuzfahnen werden eingeholt

Der Gauleiter der N.S.D.A.F. in Baden, Abg. Köhler, hat folgende Anordnung erlassen:

1. Die auf den Rathhäusern und anderen öffentlichen Gebäuden gehissten Fahnen sind je nach den örtlichen Verhältnissen in den nächsten Tagen durch SA und SS feierlich einzuholen.

2. Es ist vorgekommen, daß Parteigewissen, SA-, SS-Männer oder Hitler-Jungen, Polizeibeamte, die sich in Ausübung ihres Dienstes befinden, angepöbelt haben. Ein solches Verhalten ist in höchstem Maße parteischädigend. Die badische Polizei steht in ihrer überwiegenden Mehrheit hinter der nationalsozialistischen Bewegung. Ich benutze diese Gelegenheit, der badischen Polizei und Gendarmerie für ihr nationales Verhalten in den letzten Tagen Dank zu sagen.

Bürgermeisterkonflikt wegen Rathausbesetzung.

! (Mannheim, 8. März.) Der Stadtrat lehnte am Montag mit allen gegen vier Stimmen einen Antrag der Nationalsozialisten auf Hisung der Hakenkreuzfahne ab. Oberbürgermeister Köhler erklärte jedoch, daß er der heutigen Zeit Rechnung tragen und keinerlei Widerstand entgegenzusetzen werde. Darauf wurde die Besetzung des Rathauses von SA- u. SS-Leuten vorgenommen. Der sozialdemokratische Bürgermeister Dr. Walter Blumenfeld hat daraufhin eine Erklärung abgegeben, daß er in diesem Hause nicht arbeiten kann, bis dieser rechtswidrige Akt entweder legalisiert oder rückgängig gemacht worden ist. Bürgermeister Blumenfeld verließ das Rathaus mit der Erklärung, daß er sich als beurlaubt betrachte. Die N.S.D.A.F. verlangt aber von ihm seinen sofortigen Rücktritt.

Die Polizeiaktion in Baden.

Große Mengen kommunistischer Druckschriften und Waffen beschlagnahmt.

! (Mannheim, 8. März.) In den letzten Tagen wurden in der Bezirksleitung der K.P.D. und in den Geschäftsstellen ihrer Hilfs-, Neben- und Unterorganisationen sowie in einer großen Anzahl von Wohnungen und Privatarbeitsstätten Durchsuchungen nach kommunistischen Druckschriften vorgenommen. Hierbei fand man umfangreiches Material vor, das beschlagnahmt wurde. Bei einer im Hofe einer Wirtschaft in der Mittelstraße vorgenommenen Durchsuchung wurde eine große Menge von Broschüren im Gesamtgewicht von mehreren Zentnern ermittelt und beschlagnahmt.

Außerdem wurden bei einer Durchsuchung zwei Revolver und zwei Totschläger vorgefunden. Bei einer kommunistischen Sportvereinigung und einem Arbeiterklubverein wurden zehn Kleinkalibergewehre und sonstiges Schießgerät beschlagnahmt.

! (Heidelberg, 8. März.) Die Polizei nahm auf eine Anzeige hin im Gewerblichshaus „Arztshof“ eine Durchsuchung nach Waffen vor. Es wurde jedoch nichts gefunden.

Ein übler Scherz.

Gemeinderat als Reichstagsbrandstifter.

! Wiesloch, 8. März. Ein hiesiger kommunistischer Gemeinderat hatte sich am Fastnachtsdienstag als „Reichstagsbrandstifter“ maskiert, indem er sich eine Kopfbedeckung in Form eines „roten Hahnes“ aufsetzte und ein Plakat mit folgender Aufschrift mit sich führte: „Ich habe den Reichstag angezündet. Ich gehöre der kommunistischen Partei an, bin voll gekündigt und stelle mich freiwillig der Polizei.“ Wegen dieser Schmachtlöcher wurde gegen den betreffenden Gemeinderat Antrag auf Amtsenthebung gestellt.

Strafantrag gegen die „Bodensee-Rundschau“.

! Ueberlingen, 8. März. Der Gemeinderat faßte in seiner letzten Sitzung einstimmig den Beschluß wegen eines Artikels in der nationalsozialistischen „Bodensee-Rundschau“, der sich mit der Arztwahl für das Städtische Krankenhaus befaßt, Strafantrag wegen Beleidigung des Bürgermeisters und des Gemeinderats zu stellen. Weiter wird ein Dienststrafverfahren gegen einen nationalsozialistischen Gemeinderat wegen Beleidigung des Gemeinderats und Verletzung des Amtsgeheimnisses beantragt.

Frecher Raubüberfall.

Kraftfahrzeugführer mit dem Revolver bedroht und beraubt.

! Heidelberg, 8. März. Auf den Heidelberg-Luzerner-Taxi-Kaufmann Adolf Debus wurde am Dienstagabend ein frecher Raubüberfall verübt. In Heidelberg stiegen zwei gutgekleidete Frauen im Alter von 18 bis 25 Jahren in seinen Kraftwagen. Beim Porphyrturm-Gelände, zwischen Dossenheim und Schriesheim, ließen die Täter anhalten. Sie hielten dem Wagenführer Revolver vor und nahmen ihm einen Geldbetrag von 18 Mark ab. Als der eine mit dem Wagen davonfahren wollte, wurde er von dem Chauffeur niedergeschlagen. Da während des Handgemenges die OEG-Totalbahn ankam, gingen die Täter flüchtig.

Die beiden Täter konnten in Schriesheim am Mittwoch früh verhaftet werden. Sie hatten dort in einer Wirtschaft übernachtet. Die Räuber stehen im 18. und 17. Lebensjahre und stammen aus dem Saargebiet. Es wurden bei ihnen außer einer geladenen schweren Pistole noch zwei Schreckschusspistolen und ein Totschläger vorgefunden.

Schwerer Unglücksfall durch rücksichtslosen Autofahrer.

! Keimen (bei Heidelberg), 8. März. Der in den 50er Jahren stehende Landwirt Engelhorn von hier befand sich am Montag nachmittag mit einem Stück Vieh auf dem Wege nach

Der Fremdenverkehr Badens im Jahre 1932.

Rückgang an Fremden und Uebernachtungen. / Badenweiler und Schluchsee verzeichnen Steigerung.

Mitgeteilt vom Badischen Statistischen Landesamt.

Die vom Badischen Statistischen Landesamt durchgeführte amtliche Fremdenstatistik gestattet nunmehr für das verfloffene Kalenderjahr einen vollen Ueberblick über die Gestaltung des Fremdenverkehrs im badischen Lande. Im ganzen hatten sich an dieser Statistik 212 der wichtigsten badischen Fremdenplätze beteiligt. In diesen sind insgesamt 1 181 808 Fremde abgeteilt, auf die nahezu 4 Millionen (genau 3 998 195) Logiernächte entfielen. Wie angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise nicht anders zu erwarten war, ist

im Vergleich zum Vorjahr, das 1 285 079 angekommene Fremde und 4 1/2 Mill. Logiernächte gebracht hatte, ein Rückgang zu beklagen. Er beträgt bei den Ankünften 8,0 v. H., bei den Uebernachtungen sogar 11,5 v. H.

Durchschnittlich hat sich der Fremde in den 13 Badeorten Badens 8,7 Tage, in den 138 Luftkurorten 4,4 und in den restlichen 61 sonstigen Fremdenverkehrsorten 1,4 Tage aufgehalten. Im Landesdurchschnitt übernachteten die Fremden 3,4 mal (im Vorjahr 3,5 mal).

Die meisten Fremden brachte der Monat August (176 322), die wenigsten der Dezember (49 768). Ebenso erreichte der August die Höchstzahl der Uebernachtungen (784 643), wie umgekehrt der Dezember den niedrigsten Stand (148 951 Logiernächte) aufwies.

Unter den abgeteilten Fremden befanden sich 130 458 oder 11,0 v. H. Auslands Gäste (im Vorjahr 159 625 oder 12,4 v. H.).

Die Zahl der angekommenen Ausländer ist gegenüber 1931 um 18,3 v. H. gesunken, während der Rückgang bei den Ausländern nur 6,6 v. H. betrug.

Von den Ausländern stammte die Mehrzahl aus der Schweiz (35 468). In weitem Abstand folgen die Vereinigten Staaten von Amerika (20 923), Holland (19 027), England (11 888), Desterreich (11 087) und Frankreich (10 583). Aus dem übrigen Ausland kamen 21 482 Fremde. Die rückläufige Bewegung zeigte sich besonders stark bei dem wenig befriedigenden Besuch aus England (gegen das Vorjahr 15 214 Fremde oder 56,1 v. H. weniger). Diefen erheblichen Ausfall vermochte der vermehrte Zustrom der Schweizer (3572 Fremde oder 11,2 v. H. mehr) und Frankreich (106 oder 1,0 v. H. mehr) nicht auszugleichen.

Hinsichtlich der Zahl der Ausländerübernachtungen steht wiederum die Schweiz mit 79 655 Logiernächten (gegen das Vorjahr 22,5 v. H. mehr) weitaus an der Spitze. In weiterer Reihenfolge kommen die Vereinigten Staaten von Amerika (an Zahl 48 375 oder 21,3 v. H. weniger), Holland (38 105, d. i. 15,1 v. H. weniger), Frankreich (29 593 oder 32,6 v. H. mehr), England (22 317, d. i. 55,5 v. H. weniger) und Desterreich (15 569, d. i. 17,6 v. H. weniger).

Die stärkste Anziehungskraft auf die Fremdenwelt bewies wie immer Heidelberg, das 131 945 dort abgeteilte Fremde melben konnte. An zweiter Stelle steht Mannheim (121 783 Fremde). Es folgen Konstanz (106 588), Freiburg mit Schaninsland (106 244) und Karlsruhe (104 379).

Auch am Fremdenstrom der Ausländer (130 458 Personen) hatte Heidelberg mit 22 764 abgeteilten Auslands Gästen den größten Anteil.

Den zweitstärksten Ausländerverkehr wies Freiburg mit dem Schaninsland auf (19 300). Die weitere Reihenfolge ist Baden-Baden (14 449), Mannheim (10 815) und Konstanz (10 574).

Ein anschaulicheres Bild über den Wert und Umfang des Fremdenverkehrs ergibt sich durch die Untersuchung wie lange die Aufenthaltsdauer

Rohrbach, Unterwegs wurde er von einem entgegenkommenden Lieferauto erfasst und von Boden gerissen. Mit schweren Verletzungen wurde Engelhorn in das Krankenhaus eingeliefert.

Der Autofahrer, der, ohne sich um den Verletzten zu kümmern, weiterfuhr, konnte ermittelt werden. Erst im vergangenen Herbst wurde der Vater des Verunglückten ebenfalls von einem Auto überfahren und getötet.

Auto überfährt Frau mit Kinderwagen.

! Pforzheim, 8. März. Am Dienstagabend wurde in der Gymnasialstraße die 23jährige Gertrud Wintermantel, die ihren Kinderwagen bei sich hatte, von einem Perionenkraftwagen von hinten überfahren und ein Stück geschleift. Der Kinderwagen wurde auf den Bürgersteig geschleudert. Während der vier Wochen alte Säugling unverletzt blieb, mußte die Mutter mit schweren inneren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. Der Kraftfahrer, ein Pforzheimer Geschäftsmann, wurde in Haft genommen.

Kind zu Tode gestürzt.

! (Freiheit (bei Rehl), 8. März. Montagabend gegen sechs Uhr wollte der sechs Jahre alte Sohn des Mechanikers Wilhelm Kiefer auf dem Speicher über der Scheune Backsteine herunterholen. Statt mit den Steinen die Treppe hinunterzugehen, warf das Kind die Steine durch das auf den Hof gehende Zugloch. Dabei bekam es ansehnend das Uebergewicht und stürzte in den Hof hinab, direkt auf die Steine. An den dabei erlittenen schweren Schädelbrüchen ist das Kind kurz nach seiner Einlieferung ins Rehler Krankenhaus gestorben.

Aus dem Bruchfaler Stadtrat.

o. Bruchfal, 8. März. Der Stadtrat hat in seiner Sitzung gegen das Hissen der Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus Protest erhoben, wie auch der Oberbürgermeister die Genehmigung verweigert hat, jedoch sei mangels polizeilichen Schutzes das Hissen der Fahne mit Gewalt nicht zu verhindern.

Es wurde dann die Errichtung eines weiteren freiw. Arbeitsdienstes (Räumung und Herstellung von Entwässerungsgräben) beschlossen und zwar als gemischtes Lager. — Der Instandsetzung der Kammerofenanlage des Gaswerks, Verbesserung der Kesselfeuerung im Gaswerk und Anlage eines Pumpwerks im Wasserwerk wurde zugestimmt. — Der Städt. Gutshof erhielt seitens der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Langenbrunn anlässlich der vorjährigen 6 Milchschauen einen zweiten Preis für hocherbite und einen ersten Preis für Rohmilch.

Aus der Schutzhaft entlassen wurden gestern mittag aus dem Bezirksgefängnis die dort untergebrachten 38 Führer der kommunistischen Partei aus dem ganzen Amtsbezirk.

103 Bewerber um eine Lehrerstelle.

! (Redargemünd, 8. März. Auf die Stelle des verstorbenen Lehrers Rauch haben sich nicht weniger als 103 Bewerber gemeldet. Das Unterrichtsministerium hat aus dieser großen Bewerberzahl sechs, hauptsächlich ältere Lehrer, ausgewählt und der Ortschulbehörde zur Auswahl vorgeschlagen.

Großes Schadenfeuer.

! Sauldorf (bei Rehkirch), 8. März. In der Nacht zum Dienstag brach in dem neuen Anwesen des Landwirts Josef Mühlerr Feuer aus. Scheuer und Anhangsbau sind völlig ausgebrannt. Das angrenzende Wohnhaus konnte gerettet werden. Fast sämtliche landwirtschaftlichen Geräte sind verbrannt. Das Vieh wurde noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht. Es wird Brandversicherung angenommen. Der Gesamtschaden beläuft sich auf etwa 20 000 Mark.

Freiwilliger Tod.

! Heidelberg, 8. März. Am Dienstag wurde beim Schwabenheimer Hof die Leiche einer Heidelberg-Beamtin gefunden. Die Frau wurde seit Mitte Februar vermißt und man nimmt an, daß sie wegen einer schweren Krankheit, an der sie litt, freiwillig den Tod gesucht hat.

Kleine Rundschau.

d. Söllingen, 7. März. (Hakenkreuz auf dem Rathaus.) Gestern mittag wurden auch hier am Rathaus die Hakenkreuzfahne und Schwarzwelshorog gekist. Die Uebnahme gestaltete sich zu einer gemäßigten Kundgebung für den Reichsführer Adolf Hitler. Nach einer Ansprache des nationalsozialistischen Gemeinderats Fritz Jilly sang die Menge den Horat von Leuten, das Horst Wessellied und das Deutschlandlied.

! (Heidelberg, 8. März. (Von der Universität.) Der Assistent am Archäologischen Institut der Universität Heidelberg, Privatdozent Dr. Reinhard Herbig hat einen Ruf auf den Lehrstuhl der klassischen Archäologie der Universität Jena als Nachfolger des nach Frankfurt a. M. berufenen Professors Dr. Langloß erhalten und zum 1. April dieses Jahres angenommen.

! Heidelberg, 8. März. (Heidelberg- Sommertagung.) Nach altem Brauch findet in diesem Jahre wiederum am Sonntag Latäre, das ist am 26. März, der Sommertagung der Heidelberg- Kinder in althergebrachter einfacher Form statt.

! (Döppingen (bei Freiburg i. Br.), 8. März. (Im Fieber aus dem Feuer gerungen.) Der ledige, etwa 60 Jahre alte Landwirt Fritz Spittler sprang in fieberhaftem Zustande aus einem Dachstuhl heraus auf den Hof, wo er tot liegen blieb.

! Baden-Baden, 8. März. (Kommunisten aus der Haft entlassen.) Die am Samstag vormittag durch die Polizei festgenommenen Funktionäre der kommunistischen Partei Baden-Badens sind am Dienstag wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Helft Brände verhüten!

Notwendigkeit und Nutzen des Feuerschutzes.

Das Feuer ist unser mächtigster Kulturfaktor. Nur durch Gießen und Braten werden die Speisen gar, für uns aufgeschloffen, verdaulich und geben uns erst die rechte Lebenskraft. Nur durch das Feuer können wir auch die Metalle aus der Erde gewinnen und verarbeiten. Ohne Metalle aber keine Industrie, kein Verkehr! Ohne Hilfe des Feuers auch keine Landwirtschaft! Ohne das Feuer müßten wir in dumpfen Erdlöchern hausen und würden sofort wieder in die trostlosen Zeiten der Höhlenbewohner zurückgeschleudert, wo nur wenige Urmenschen ihr armseliges Dasein auf der Erde fristen konnten. Ewig wahr bleibt daher das treffende Wort Schillers: „Was der Mensch bildet, was er schafft, das dankt er dieser Himmelskraft!“

So unentbehrlich nun auch das Feuer für unser ganzes höheres, behaartes Dasein ist, ein so fürchterlicher Feind kann es für uns werden, wenn es der Mensch nicht bezähmt, bewacht!

In Deutschland verbrühen jährlich noch 1400 Menschen. Der jährliche Brandschaden beträgt noch 400 Millionen Mark.

Die meisten Brände entstehen nur durch Unachtsamkeit und Leichtsinn, und zwar aus Unwissenheit; denn wer die arden, heimtücklichen Gefahren des Feuers kennt, der gibt schon im eigenen Interesse besser darauf acht. Nach dem übereinstimmenden Urteil der ersten Feuerwehrmänner könnte durch größere Sorgfalt im

Umgang mit Feuer und Licht mindestens die Hälfte der Brände verhütet werden. Einen Brand verhüten ist aber vorteilhafter als 10 Brände löschen!

Durch eine gründliche öftere Belehrung von jung und alt über die Verhütung und Bekämpfung der Brände können in Deutschland jährlich recht wohl 700 kostbare Menschenleben und 200 Millionen Mark erspart werden. Da 16 1 Mark, 40 Jahre lang jedes Jahr zu 5 Prozent in einer öffentlichen Sparkasse auf Zinsen gewährt, so macht dies in 40 Jahren 27 Millionen aus. Das kleine wird groß und allmächtig durch die Jahre der Zeit! Und

in 40 Jahren könnte man mit der nötigen Sorgfalt 700 x 40 = 28 000 Menschen vor dem qualvollsten Tod des Verbrennens retten.

also so viel Menschen, als die Einwohner einer ganzen großen Stadt betragen! Es ist daher unbedingt nur eine heilige Pflicht der Menschlichkeit, in Selbstverteidigung für das ganze deutsche Volk, mit Feuer und Licht äußerst vorichtig umzugehen.

Es sollen die guten Lehren der Presse und Schulen bis ins kleinste gewissenhaft befolgt. Das kostet gar nichts, lohnt sich aber furchtbar und furchtbar! Nur so können wir mit der Zeit über das große Brandelend mehr und mehr Herr werden.

Aus der Landeshauptstadt

Kopf hoch!

Manchmal muß es doch gewittern!
Manchmal muß das Herz erzittern!
Muß in Leid und Freud erbeben!
Wie so leer ist sonst das Leben!

Diese Worte des Dichters Heinrich Heide sind heute besonders beherzigenswert. Täglich hört man heute vielfach, daß die Zeiten schlecht sind. Die einen lassen sich nicht anmerken von der Last, die sie tragen, die anderen scheinen schon an geringfügigen Störungen ihres wirtschaftlichen Gleichgewichtes zu zerbrechen. Wo nehmen jene die Kraft her, warum sind diese so schwach? Jeder sollte von anderen lernen. Das wäre das Beste. Das Leben spendet uns Freud und Leid und beides hat seine Aufgabe an uns zu erfüllen. Verantwortlich dafür sind wir nur selber. Es dient uns ebensowenig, wenn wir die Freude oberflächlich anstoßen, wie wenn wir uns selbstmitleidig mit unserem Unglück beschäftigen. Man muß sich zusammenreißen, muß die Augen auch dem Lichte öffnen, das uns jeden Tag wieder geschenkt wird.

Man mag noch so viele Gründe für die Kopfschmerzen haben, man ändert aber nichts daran, wenn man immer nur über die schlechten Zeiten klagt. Das schwere Schicksal wird dadurch noch schwerer und man verbaut sich die Wege zu seiner Überwindung. Ohne Berg und Tal, ohne Licht und Schatten sind die Wege unseres Daseins nicht denkbar. Wer das Vertrauen zu seinem Schicksal und zu sich selber verliert, schadet sich nur und zugleich allen, mit denen ihn das Leben verknüpft. Täglich zwingt uns das Leben zu neuen Entschlüssen. Ob sie uns Erfolge und Freude bringen, wissen wir nicht; wie können wir es aber von ihnen verlangen, wenn wir an die glücklichen Möglichkeiten selber nicht glauben. Ohne Hoffnung ist eine Zukunft unmöglich. Deshalb Kopf hoch!

Was bringt die Frühjahrsmode?

Modenschau bei Knopf.

Mit Beginn des schönen Frühjahrswetters beginnt auch die Sorge der Frau um die neue Frühjahrsmoderobe: Was ist modern und wie kleidet man sich am besten? Diese Überlegungen waren auch für die Modenschau bei Gewandknopf maßgebend, die am Mittwoch Morgenrod über Lumber und Rod zum Nachmittags- und Abendkleid konnte man die neuen Modelle anschauen. Was man zu sehen bekam, war eine Schau aller Farben: weiß, rot, blau, gelb, grün und schwarz, weiß wechselten in buntem Durcheinander. Vielleicht hätte man die diesjährigen typischen Modifarben, von hellen Creme bis zu beige rosa, das modische Terracotta und Blau noch geschlossener herausstellen können. Sehr hübsch und flott wirkten aber die grauen besonders preiswerten Jackenkleider mit schottischem Rod. Auch ein Kostüm aus reinem Leinen (jetzt wieder sehr modern) erregte Beachtung. Immer noch herrschen bei den Nachmittagskleidern im Material Hammerschlag und sogenannter „Wellenschaum“ vor. Da bei den sommerlich hellen Farbgebungen grau und beige monotone Einfarbigkeit vermieden werden soll, sind die meisten dieser Kleider mit lebhaftem Farbzusatz garniert. Die Kleider sind ein wenig länger geworden, auch die Taille ist bei vielen Modellen wieder verlängert. Die kleidsame schlanke Linie der Taillenerhöhung ist aber — wie man auch sehen konnte — nicht vollständig aus der Mode gekommen. Bei Abendkleidern wirkt sie immer noch jugendlich und elegant. Dies zeigte ein außerordentlich schönes schwarz-gelbes Abendkleid mit rotem Gürtel und Blumenstoff. Die hellen Sommermäntel, die neuerdings nicht mehr mit den Hüften zu harmonisieren brauchen (im Gegenteil trägt man bewußt andersfarbige Kappen und Hüte), lassen weniger Capesform erkennen; sie sind einfacher und schlichter geworden. Sehr geschmackvoll wirkten die Regenmäntel. Ihre helle Farbgebung läßt gar keine grämliche Regenwetterstimmung aufkommen.

Die Schau bot wohl absichtlich in heutiger Zeit keine modischen Extravaganzen, sondern verfolgte die gute Mittellinie: modern und preiswert.

In der Pause gab es eine „süße“ Abwechslung, die von der Schokoladenfirma Sarotti gespendet wurde. Die Fülle der Veranstaltung ließ auf reges modisches Interesse der Karlsruher Damenwelt schließen.

Verkehrsunfall.

Am Dienstag stieß Ede Karl- und Amalienstraße gegen 13.40 Uhr ein Kraftfahrzeug mit einem Personenkraftwagen zusammen. Der Zusammenstoß ereignete sich dadurch, daß der Führer des Personenkraftwagens beim Einbiegen nach links in die Amalienstraße den hinter ihm fahrenden Motorrodfahrer nicht sofort die Abbremsung der Fahrtrichtung durch Zeichen zu erkennen gab, so daß das Motorrad auf den Personenkraftwagen aufstieß. Personen wurden nicht verletzt. Das Kraftfahrzeug wurde leicht beschädigt.

Unbelegtes Kennzeichen. Im Laufe des Dienstagabend mußten wiederum eine Anzahl von Führern von Kraftfahrzeugen anzuhalten werden, weil das hintere Kennzeichen ihres Fahrzeuges nicht beleuchtet war.

Aus Beruf und Familie.

Doktor-Ingenieur der Friderician. Die Technische Hochschule zu Karlsruhe hat auf einstimmigen Antrag der Abteilung für Maschinenwesen den bekannten Siegener Industriellen,

den Ingenieur und Fabrikbesitzer Oscar Waldrich in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um Konstruktion und Ausführung von Großwerkzeugmaschinen die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen. Die von Herrn Waldrich konstruierten und von seiner Firma gebauten schweren Werkzeugmaschinen, besonders Hobelmaschinen, Drehbänke, Walzenstelmmaschinen und alle sonstigen großen Werkzeugmaschinen für Säbwerke haben weiten Ruf erlangt, weil sie sich durch hohe Leistungen, große Präzision und formschöne Gestalt besonders hervorheben.

Hohes Alter. Privatmann Jakob Linder, Säbendstraße 19, bestens bekannt vor allem in der Südstadt durch die Heilsarmee, vollendet am morgigen 10. März in aller Rüstigkeit sein 85. Lebensjahr. Wir gratulieren.

*

Hilfe für Rentkassen. Zur Linderung der Not in dem von dem Unglück hart getroffenen Rentkassen hat die Deutsche Girozentrale Berlin einen Betrag von frs. 25.000 überwiehen. Die Sparkassen werden sich ebenfalls an der Hilfsaktion beteiligen und Spenden zur Einzahlung entgegennehmen.

Vor zehn Jahren.

Wie die Besetzung des Karlsruher Rheinhafens im Jahre 1923 erfolgte.

In diesen März-Tagen sind zehn Jahre verflossen, seit einer der unglücklichsten Epochen der deutschen Geschichte, seit jenen Tagen des gewaltigen Einbruchs der französischen Truppen ins Ruhrgebiet, in die Pfalz und ins Badener Land. Ins Herz der deutschen Wirtschaft, ins Ruhrgebiet waren französische Truppen einmarschiert, um die deutsche Wirtschaftskraft zu lähmen und so das deutsche Volk völlig jeder Widerstandskraft zu berauben. Schreckensstage, Schreckensmächte waren angebrochen für den ganzen deutschen Westen, denn nicht nur dort oben, auch hier unten im Süden war der Einbruch erfolgt, um jeden Verkehr lahmzulegen und um die westdeutschen Gegenden vom übrigen Reich möglichst völlig zu trennen und loszulösen. In Reih und Glied waren schon französische Posten stationiert, jetzt erfolgte jäh und unerwartet auch ein Einbruch ins mittelhessische Gebiet, die Franzosen drangen auf den wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Offenbach — Appenweier vor und legten den ganzen Verkehr nach Norden und Süden lahm, alle Orte und Dörfer ringsum wurden besetzt, die holländische Gendarmen wurde ihres Amtes entbunden und die französischen Nachschubtruppen schickten die Bevölkerung in der schlimmsten Weise. Und schließlich blieb auch Karlsruhe nicht ganz verschont. Es war am Samstag, 3. März 1923, als die Franzosen zum großen Schlag ansetzten und gleichzeitig Karlsruhe, Mannheim und Darmstadt besetzten. In dem damaligen Bericht des Karlsruher Tagesblattes lesen wir etwa folgende Darstellung jenes ungeheuerlichen Gewalttates:

Samstag früh gegen 10 Uhr marschierten etwa 100 Mann französischer Truppen über die Rheinbrücke bei Maxau gegen Karlsruhe zur verstärkten Besetzung des Karlsruher Rheinhafens.

80 Mann unter Führung eines Offiziers mit zwei Maschinengewehren bewegten sich rheinwärts den Hafenanlagen zu, eine andere Abteilung ließ südlich der Hafenanlagen mit einem Boot über den Rhein und begann von hier aus, sich den Hafenanlagen zu nähern. Die Hafenanlagen und Lagerhäuser wurden gegen das rechtsrheinische Gebiet abgeschnitten und jeder Warentransport unterbunden. Nur die Abfuhr von Lebensmitteln wurde als möglich erklärt, wenn den französischen Zollbeamten

Weiteres im Gerichtssaal.

Im Gerichtssaal, wo es gemeinhin recht nüchtern und sachlich zugeht, kommt mitunter auch der Humor zu seinem Recht. Es handelt sich dabei um Blüten unfreiwilligen Humors, der gerade in diesem ernsten Milieu nur selten seine Wirkung, sowohl auf das Publikum wie den „Herrn Gerichtshof“ verfehlt. Es seien einige Fälle mitgeteilt, in denen der Angeklagte die Lächer auf der Gegenseite hatte.

Verhandelt wurde ein Fall, der einem Angeklagten mehrere Monate Gefängnis wegen Körperverletzung eingebracht hatte. In der Berufungsverhandlung sagte er — das war ungeschickt ausgedrückt! — wörtlich: „Meine Herren! Ich bin nicht juristisch gebildet. Ich kann mich infolgedessen nur wahrheitsgemäß ausdrücken.“ Einen Freispruch erzielte er freilich nicht, vielmehr bestätigte das Berufungsgericht die gegen ihn verhängte Strafe.

Ein anderer Mann auf der Anklagebank, schon bei Jahren, sollte sich wegen einer in Alkoholfestimmung begangenen Uebertretung verantworten. Er ist bestimmt kein Anhänger der Prohibition, sucht aber mit großer Bered-

samkeit den Richter zu überzeugen, daß er an dem fränkischen Tage nichtern gewesen sei und tut dies mit den unalltlichen Worten: „Ich habe keinen Tropfen Alkohol zu mir genommen, Herr Richter!“ Er fand beifälligerweise keinen Glauben bei dem also angeredeten Richter.

Beim Schlusswort des Angeklagten gab es manchmal etwas zu lachen. Ein Falschmünzer formulierte seinen Antrag folgendermaßen: „Ich bitte um Freisprechung auf Wohlverhalten!“

Ein jugendlicher Mensch, der bei einem Dasein unregelmäßiger Verfassung mit seinem Tadel dabei und nun wegen Gelehrer mitangeklagt war, benutzte sein „letzes Wort“, um die Bitte vorzubringen: „Ich ungeredeter Mensch bitte um Freisprechung.“ Er hatte Glück, das Gericht verstand ihn, so daß der „ungeredete Mensch“ freigesprochen wurde.

Die Not unserer Zeit, die besonders unsere Jugendlichen hart trifft, beleuchtet nachstehender Vorkfall. Ein 18 Jahre alter Hilfsarbeiter stand wegen Diebstahls von 14 Fahrrädern vor Gericht. Der Richter befaß sich wie üblich eingehend mit dem Verbrechen des jugendlichen Fahrraddiebes und fragte ihn:

„Was haben Sie gelernt?“

Darauf antwortet der Angeklagte:

„Stemveln!“

Daß der Beruf des Strafrichters ein gerüttelt Maß von Skepsis verlangt, ist nicht verwunderlich angesichts der Tatsache, daß immer wieder versucht wird, ihnen Wächern aufzusetzen. Immer wieder hören sie die heilige Versicherung, daß der Angeklagte — und habe er noch so viel auf dem Kerbholz — sich bessern will, denn er hofft, durch diese Versicherung eine mildere Verurteilung zu erzielen. So erklärte ein Gerichtsbekannter im Brutto der Überzeugung: „Es steht für mich fest, daß ich heute das letzte Mal vor Ihnen stehe, Herr Richter.“ Der Richter kennt seine Pappeneimer und sagt: „Ja, ich bin auch nicht immer hier.“

Auch Beschwörungsformeln für angebliche Besserungsbereitungen sind beliebt bei den Herren Delinquenten:

„Ich will nicht gelind im Krankenhaus liegen!“ Oder:

„Ich will in den Erdboden versinken, wenn ich nicht die Wahrheit gesagt habe.“

Der Richter meinte dazu verständnisvoll:

„Na, bleiben Sie mal lieber hier!“

Uebriens sind die Richter gar nicht so weitfremd wie das Publikum manchmal glaubt, Sie kennen die Stimme des Volkes und verstehen ihre Meinung sehr vollkommen zu sagen. Da stand jüngst ein Bäckerlein wegen fauler geschäftlicher Nachlassigkeiten vor dem Richter. Der Richter sagte ihm im schönsten Heimauton:

„Sie denn auch sei Ordnung in Ihrem Betrieb net, Sie!“

Schirmschläge in der Nacht.

Als die Gattin isst, die teure!

Das dankbare Gerichtspublikum kam gestern wieder einmal auf seine Kosten. Vor dem Einzelrichter marschierte eine 49jährige Ehefrau von hier auf, um darzutun, wie unredlich ihr mit der Zuteilung eines Strafmandats wegen Raubdiebstahls geschehen sei. Schon bei der Feststellung der Personalfälle gab heitere Gesichter. Der Richter fragte die Angeklagte:

„Was ist Ihr Mann?“

„Das weiß ich selbst nicht! Er gibt an, er sei Gerber — er kann aber nur den Frauen das Fell gerben.“

In der Beilegung haben Sie gemerkt, daß er Gerber ist!

Er hauferte mit Kurawaren.

Am 15. Oktober nachts 11 Uhr soll die Angeklagte mit einem Regensturm heftig an die Waden einer Wohnung in der Südstadt, in der ihr ausgereifter Mann mit einem anderen weiblichen Wesen haufte, geschlagen haben, wodurch ein 60jähriger Kaufmann in seiner Nachtruhe gestört wurde, so daß die Polizei die Ursache des Lärmes mit zur Wade nehmen mußte. Schließlich wird der Widrigkeit Mann der Angeklagten als Zeuge gehört: „Meine Frau lebt im Wahn. Mit der kann man nicht leben. Die ist hysterisch von Kopf bis Fuß. Auf der Straße schreit sie mir nach: „Du alter Stillestückerbrecher!“ An dem Tage war er gerade von ihr ausgezogen. Der Richter kommt zu dem Ergebnis, daß es niemand anders war, als die Angeklagte, die an die Fensterläden mit dem Regensturm getrommelt habe. Dementprechend wurde wegen Raubdiebstahls eine Geldstrafe von 4 Mark ausgeschrieben.

Der Bilderstürmer.

In der Wohnung des Karl S. hängt ein sehr friedliches Bild: „Lasset die Kindlein zu mir kommen.“ Aber dieses Bild des Friedens wurde eines Tages jäh das Opfer seiner blinden Wut. Er hat hin und wieder solche Wandlungen. Dann gehen Einrichtungsgegenstände in die Brüche. Nun ist es das gute Recht eines jeden, seine Sachen zu zerstören, sofern sie beschaffen sind. Man sah es dem friedlichen Bilde nicht an, aber es war noch nicht ganz bezahlt und der Gerichtsvollzieher war schon erschienen und hatte es auf der Rückseite „frankiert“ mit dem Bilde des heute außerordentlich vollständigen Wappentieres. Frau Justitia duldet an solchen Dingen, denen der Gerichtsvollzieher seine sichtbar bleibende Aufmerksamkeit gewidmet hat, keine Eingriffe. Das Strafgesetzbuch nennt solche Handlungen Verdrängungsbruch. Dierwegen sowohl wie wegen eines Mordens, welches der wilde Mann mit einem Korkebeamten zu plündern sich anheißelt

Die Karlsruher, die „falsch“ wählten

Die 200 ungültigen Wahlstimmen in Karlsruhe.

Die Karlsruher Wahlprüfungscommission hat von den am 5. März abgegebenen Stimmen zur Reichstagswahl etwa 700 für ungültig erklärt, da sie den Voraussetzungen für die Gültigkeit nicht entsprechen haben. Rund 700 wahlberechtigte Karlsruher haben also auch diesmal umsonst ihren Weg zum Wahlbüro zurückgelegt.

Nicht weniger als 500 Wahlzettel wurden nämlich leer in den Briefumschlag gesteckt, d. h. der Wähler kennzeichnete keine der Parteien. Erfahrungsgemäß entfallen hiervon etwa 200 Fälle auf „Vergeßlichkeit“. Die Wähler (überwiegend Frauen), vergessen in ihrer Aufregung ein Kreuz in den Ring zu zeichnen oder sie glauben gewählt zu haben, ohne eine Partei anzuziehen. In rund 300 Fällen dürfte eine Absicht vorgelegen haben. Der Wähler glaubte seiner Wahlpflicht genügt zu haben, indem er den Wahlzettel in den Briefumschlag gesteckt hatte und in der Karte entsprechend registriert wurde. Da er aber offenbar mit keiner Partei einverstanden schien, verächtete er auf die Kennzeichnung irgendeiner Liste.

Ganz durchgestrichen wurden bei der letzten Wahl 150 Stimmzettel, teilweise durchgestrichen 5 Stimmzettel, in zahl-

reichen Fällen haben Wähler die Kreuze so groß angebracht, daß nicht recht ersichtlich wurde, welche Partei sie gewählt haben, da das Kreuz oft über 2 oder gar 3 Ringe ging. Zwanzig Wähler haben zwei Parteien angekreuzt, was natürlich gleichfalls eine Ungültigkeit der Stimmabgabe bedeutete. In 10 Fällen wurden den Stimmzetteln auch Kalenderzettel mit Bibelzitierten beigelegt. Humorige Verse auf Wahlzetteln wurden hingegen in Karlsruhe nicht beobachtet: dies scheint einigen Wählern in Mannheim und anderen größeren Städten vorbehalten gewesen zu sein, wo z. B. ein Wähler seinem Stimmzettel folgenden Vers beifügte:

„Reichstagsgebäude ist ausgebrannt, des is wahrhaftig allerhand. Was nicht euch der Reichstagswahl, Ihr habt ja gar kein Sitzungssaal!“

Die beanstandeten etwa 700 Stimmzettel sind den Protokollen angeheftet worden und wandern über das Karlsruher Bezirksamt bis zum Reichswahlamt nach Berlin. Schließlich entscheidet das Wahlprüfungsgericht, das in der Regel später noch einige der ungültigen Stimmzettel für gültig erklärt, ohne daß naturgemäß hierdurch das Endergebnis der Wahlen irgendwie beeinflusst werden dürfte.

Pfalkinder sind nicht Erziehungsmittel, sondern Schutz gegen Pfalkinder. **Panflavin** PASTILLEN

Berlin nicht mehr rot.

(-) Berlin, 9. März.

Die Nationalsozialisten haben als erste Partei in Berlin die Milliongrenze überschritten. Sie erhielten 1.010.776 Stimmen in Berlin. In weitem Abstand folgen die Kommunisten mit 718.403 Stimmen, die Sozialdemokraten mit 626.370 Stimmen, das Zentrum mit 142.002, vor ihm noch die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot mit 115.488 Stimmen. Weiter haben erhalten die D.V.P. 25.642, die Christl.-Sozialen 17.100, die Staatspartei 25.426 Stimmen.

An Mandaten für die Stadtverordnetenversammlung wurden erhalten: Die Nationalsozialisten 45, die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 14,



Die alten Farben des Deutschen Reiches, wurden auf dem Berliner Rathaus-Turm gehißt.

die K.P.D. 31, die S.P.D. 27, das Zentrum 6, Staatspartei und Deutsche Volkspartei je 1, 58 Mandate von 125, die auf die beiden marxistischen Parteien entfallen, wurden 59 der Nationalsozialisten und der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot gegenüberstehen. Mit Unterstützung von Zentrum und Deutscher Volkspartei würde die notwendige Mehrheit von 63 Mandaten um 3 überschritten, so daß die Unterdrückung des einen Staatsparteilagers nicht notwendig wäre. Man muß allerdings berücksichtigen, daß bei den Kommunalwahlen die Wahlbeteiligung geringer war als bei den Reichswahlen, was die Ergebnisse aufweist und daß ferner Interessentinnen aufgestellt worden sind, die den politischen Parteien immer einen Teil der Stimmen forschneidern pflegen.

Im Stadtgebiete Großberlin, zu dem außer dem Wahlkreis Berlin noch Teile der Wahlkreise Potsdam I und Potsdam II gehören, haben jetzt von 2.958.750 Stimmen die S.P.D. und die K.P.D. zusammen nur 1.344.773 Stimmen erhalten, das sind etwa 45 Prozent aller Stimmen. Demgegenüber steht eine Mehrheit aus Nationalsozialisten und Bürgerlichen mit 1.588.423 Stimmen.

Beamtenerlaß Görings.

(-) Berlin, 8. März.

In einem Erlass des Ministers und Reichskommissars für das preussische Ministerium des Innern, Göring, an die ihm unterstellten Beamten heißt es:

Es mehren sich die Fälle, in denen Beamte, auch der Schutzpolizei, Anlaß zu haben glauben, unmittelbar bei mir Beschwerde über und Anzeigen gegen ihre Vorgesetzten anzubringen. Ein solches Verhalten ist für Beamte unzulässig und wird von mir auf keinen Fall geduldet werden. In den gegenwärtigen schweren Zeiten hat sich der Beamte durch verstärkten Dienstifer und eiserne Disziplin auszuzeichnen und nicht seine Aufgabe darin zu sehen, seine Vorgesetzten zu kritisieren und damit ihre Autorität zu untergraben und zu erschüttern. Vornehmlich von denjenigen Beamten, die sich zu den Kreisen rechnen, die hinter der Regierung des Reichstanzlers Adolf Hitler stehen, erwarte ich mit aller Bestimmtheit, daß sie diese meine Mahnung in besonderem Maße beherzigen und darüber hinaus der übrigen Beamtenchaft in Pflichterfüllung, Leistung und Disziplin als Vorbild dienen. Die Mithatigkeit bei den nationalen Parteien gibt den Betroffenen nicht mehr Rechte, sondern nur Pflichten und Anforderungen der von mir erlassenen oder im Amt belassenen Vorschriften nicht in jeder Richtung gebührt, verweigert auch mir gegenüber den Gehorsam.

Bisher habe ich derartige Mitteilungen unbeachtet gelassen. In Zukunft werde ich indes Beamte, die entgegen meinem ausdrücklichen Hinweis erneut mit solchen Beschwerden und Anzeigen gegen Vorgesetzte sich unmittelbar an mich wenden oder die gebotene Gehorsamspflicht verletzen, unmissverständlich bestrafen.

Es kommt ferner öfter vor, daß Personen an Beamte Anweisungen geben und sich darauf berufen, von mir hierzu beauftragt zu sein. Solche Behauptungen entsprechen niemals den Tatsachen, weil ich Anweisungen an die mir nachgeordneten Behörden und Beamten nur auf dem Dienstwege erteile.

Gegen Strebertei und Liebedienerei.

Die Reichsregierung nachstehende Kommentar zur „Allgemeinen Zeitung“ schreibt in ihrem Kommentar zum Wahlergebnis u. a.: In dieser Stunde richten sich aller Augen auf den Führer der Regierung, der von der Nation einen eindeutigen Auftrag erhalten hat, nach dem Hindenburg ihn in die Verantwortung berief. In seinen letzten Reden sprach Hitler wiederholt und mit Eindringlichkeit von dem

Platz, der im neuen Reiche der schöpferischen und leistungsfähigen Persönlichkeit gebührt. Wir hätten das für keine Ehre, sondern haben Beweise dafür, daß der Reichskanzler, wie früher so heute, die Unentbehrlichkeit der Werte, die eine verantwortungsbewusste geistige Elite beizubehalten vermag, sehr wohl erkennt. Aus diesem Grunde wird er sich gegen die Strebertei und Liebedienerei, die bereits einen entsetzlichen Umfang angenommen haben, mit Härte und Bestimmtheit wappnen müssen. Herr Dr. Goebbels sprach einst von den Septemberlingen; man könnte jetzt auch Januarlinge und Märzlinge erwähnen, die sich strebend um ein Büro oder um die Ernennung zum Befohlenen und unbefohlenen Hilfsarbeiter bemühen, wenn sie sich nicht gar in jenen höheren Sphären der Gesellschaft bewegen, von deren Charakterfestigkeit die Erinnerungsliteratur der letzten Jahrzehnte ein erschütterndes Bild vermittelt. Das Berufsbeamtentum ist die Säule des Staates, ein nationales, ehrliches und fleißiges Korps von absoluter Zuverlässigkeit. Wie das Rechtsbewußtsein, so darf auch die Möglichkeit aus anständiger Gesinnung entgegen der offener Meinungsäußerung nicht verletzt werden.

Mussolinis Glückwünsche an Hitler.

(-) Berlin, 9. März.

Reichskanzler Hitler empfing am Mittwoch den italienischen Botschafter Cerutti, der ihm im Auftrag Mussolinis, dessen persönliche Glückwünsche zu dem großen Wahlerfolg der Nationalsozialisten übermittelte.

Der Kanzler empfing ferner den Reichsbankpräsidenten Dr. Luthner zur ersten persönlichen Kollation. Ferner machte der neue bayerische Gesandte, Dr. Sperr, dem Kanzler seinen Zutrittsbesuch.

Polizei übernimmt Karl-Liebnecht-Haus.

Sitz der Polizei-Abteilung zur Bekämpfung des Bolschewismus.

(-) Berlin, 9. März.

Der preussische Minister des Innern teilt mit: „Auf Grund der Verordnung zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 werden die Räume des Karl-Liebnecht-Hauses, der bisherigen Hochburg der K.P.D., mit dem darin befindlichen Inventar der Verfügungsgewalt des preussischen Staates unterstellt.“

Am Mittwoch abend um 7.30 Uhr erfolgte die Übernahme des beschlagnahmten Karl-Liebnecht-Hauses am Bülowplatz, der bisherigen kommunistischen Hochburg durch die SA Brandenburg und Berlin. Der Reichskommissar hat das Karl-Liebnecht-Haus der SA und der neugegründeten Abteilung der Politischen Polizei zur Bekämpfung des Bolschewismus zur Verfügung gestellt. Auf dem Bülowplatz hatte sich eine mehrtausendköpfige Menschenmenge eingefunden, die den Vorgängen mit außerordentlichem Interesse folgte. Der oberste Führer der Berliner SA, Graf Hellendorff, hielt vor einer Abteilung SA eine kurze Ansprache. Er sagte hinzu: Wir SA-Männer haben zu erklären, daß für jeden SA-Mann, der vom heutigen Tage an in Berlin und Brandenburg erwidert, drei Kommunisten mit dem Tode büßen sollen. Die Ansprache wurde mit Beifällen der SA und der versammelten Menge aufgenommen. Dann wurden zwei Fenster an der Front des Liebnecht-Hauses geöffnet. Aus dem einen wurde eine große Fahnenkreuzfahne, aus dem anderen die alte Reichskriegsflagge herabgehängt. SA, Stahlhelm, Polizei und Hilfspolizei saluieren bei der Fahnenhissung, die unter dem Gelang des Horst-Wessel-Liedes erfolgte. Unter den Klängen des Deutschlandliedes und des Flaggeliedes erfolgte dann der Vorbeimarsch der SA.

Zentrumspartei und Hafenkreuzfahrten.

Telegrammwechsel Zoos-Göring.

(-) Berlin, 9. März.

Der Zentrumsabgeordnete Zoos hat aus Köln folgendes Telegramm an den Reichsminister Göring gerichtet: „Ueberwiegender Teil der Bevölkerung ist mit Hissung von Fahnenkreuzfahrten auf Kanälen und kommunalen Gewässern durch Organe der Nationalsozialistischen Partei unter keinen Umständen einverstanden. Zentrumspartei verlangt Anordnung der sofortigen Einziehung und Durchföhrung der Anordnung unter Einhalt der für den Schutz aller Bürger bestimmten Polizei. Deutsche Zentrumspartei ges. Zoos-Köln.“

Reichsminister Göring hat wie folgt geantwortet: „Der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung hat sich am 5. März zur Fahnenkreuzfahrt bekannt. Ein verschwindend kleiner Teil der deutschen Bevölkerung stimmt für das Zentrum. Ich bin dafür verantwortlich, daß der Wille der Majorität des deutschen Volkes gewahrt wird, hingegen nicht die Wünsche einer Gruppe, die anheimend die Zeichen der Zeit nicht verstanden hat. Reichsminister Göring.“

Feuerüberfall in Breslau.

Zwei Tote, 4 Schwerverletzte.

(-) Breslau, 9. März.

Als am Mittwoch früh ein Zug SA in Stärke von etwa 250 Mann am Breslauer Gewerkschaftshaus in der Margaretenstraße vorbeimarschierte, wurde er aus dem zweiten Stock des Gewerkschaftshauses und aus einem gegenüberliegenden Hause beschossen. Fünf SA-Männer wurden durch Kopf- und Schulterwunden schwer verletzt. Der 20-jährige Herbert Weltlich ist inzwischen seinen schweren Verletzungen erlegen. Die SA, sowie inzwischen eingetroffene Schutzpolizei besetzten das Gewerkschaftshaus und nahmen hier und im gegenüberliegenden Hause

Krise in Oesterreich.

Aufruf der Regierung - Versammlungsverbot und die Presseverordnung

(-) Wien, 9. März.

In der „Ämlichen Wiener Zeitung“ werden ein Aufruf der Regierung an das österreichische Volk, ein Erlass über das Versammlungs- und Aufmarschverbot sowie eine Verordnung über „besondere Maßnahmen zur Einhaltung der mit einer Störung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit verbundenen Schädigungen des wirtschaftlichen Lebens“ veröffentlicht.

Der Aufruf erwähnt zunächst die Amtsniederlegung des Präsidenten des Nationalrates und stellt fest, daß dieser Fall in der Verfassung und der Geschäftsordnung nicht vorgesehen sei. Da die Regierung von der Parlamentskrisis nicht berührt werde, gebe es keine Staatskrise. Die Regierung wünsche nicht, daß das Land dauernd einer aktionsfähigen Volksvertretung entbehre. Die Bundesregierung werde energisch dafür sorgen, daß Ruhe und Ordnung nicht gefährdet werden. Um die Ruhe und Ordnung zu sichern, habe die Bundesregierung ein Aufmarsch- und Versammlungsverbot und durch eine Verordnung auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes zum Pressegesetz die Möglichkeit geschaffen, Mißbräuche der Pressefreiheit sowie Verleumdungen gegen die öffentliche Sicherheit zu verhindern und zu bestrafen. Ein Volk, das sich in dieser schweren Zeit in Parteilichkeit und Bürgerkrieg zerleise, könne sich nicht erheben. Es mühe seine Freiheit und Selbständigkeit verlieren und sei von Knechtschaft bedroht.

Das Versammlungs- und Aufmarschverbot bezieht sich auf alle politischen Kund-

gebungen, Versammlungen und öffentlichen Aufzüge, gleichgültig ob unter freiem Himmel oder in geschlossenen Räumen. Die Presseverordnung enthält hauptsächlich Bestimmungen, die die Beschlagnahme erleichtern. Der Beschlagnahme verfallen können Zeitungen sowie Druckwerke, die angehängt werden sollen. Außer Geld- und Arreststrafen kann auf Verlaß des Gewerbeberechtigten sowie auf Verlaß des Druckwerkes erkannt werden. Eine sehr wichtige Bestimmung geht dahin, daß öffentliche Beleidigungen der Bundesregierung, einer Landesregierung, einer ausländischen Regierung oder von Mitgliedern dieser Regierungen in gleicher Weise bestraft werden, wenn durch die Tat Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährdet werden. Eine Beschlagnahme soll besonders dann erfolgen, wenn durch Verletzung des Vaterländischen, religiösen oder sittlichen Empfindens eine Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit herbeigeführt werden könnte.

Wie die „Deutsch-österreichische Tageszeitung“, das Hauptorgan der Nationalsozialisten, mitteilt, hat mehr als ein Viertel der Mitglieder des Bundesrates die sofortige Einberufung des Bundesrats mit folgender Tagesordnung verlangt: Stellungnahme zu der Regierung, Eisenbahnfrage, Arbeitsbeschaffung. Sie fundiert an, daß in dieser Sitzung „die Verfassung einer Nationalratsminderheit, einen offenen Verfassungsbruch herbeizuführen, zur Sprache kommen. Der Regierung wird in schärfster Weise das Mißtrauen ausgedröckt und dafür geortet werden, daß diese Mißtrauensfindung dem Bundespräsidenten zur Kenntnis gebracht wird.“

Allerdings ist der Bundesrat nach seiner verfassungsmäßigen Stellung nicht in der Lage, die Regierung zu stützen, so daß ein Mißtrauensvotum des Bundesrats lediglich einen moralischen und demonstrativen Charakter hätte. Die Regierung hat im Bundesrat keine Mehrheit. Im Gegensatz zum Nationalrat sind hier die Nationalsozialisten durch vier Mandate vertreten.

Die Wiener Blätter konnten bisher nur kurz auf dem Regierungsauftritt sowie dem Verordnungen über das Versammlungsverbot und die Presse Stellung nehmen. Die „Christlich-soziale Reichspost“ schreibt, die Regierung werde nun, was Verfassung und Verfassung ihr vorschrieben: reagieren. Daran werde auch die Einberufung des Bundesrats nichts ändern, der auf den Nationalrat keinen Einfluß habe und dem die Bundesregierung auch nicht verantwortlich sei. Das Hauptorgan der Nationalsozialisten, die „Deutsch-österreichische Tageszeitung“, irrt nicht von einem kalten Fühler der Regierung. Die sozialdemokratische „Arbeiterzeitung“ erklärt, durch die Presseverordnung sei die Zensur wieder eingeführt worden, die durch die Verfassung ausdrücklich verboten sei. Alles das sei offener Verfassungsbruch, bedeute die Aufhebung durch die Verfassung gewährleisteter staatsbürgerlicher Rechte und sei ein Staatsstreich der Regierung. Diese Verordnung sei der erste Schritt zum Faschismus in Oesterreich.

Perlenhalsband-Diebstahl in Wien.

(-) Wien, 9. März.

Im Zusammenhang mit dem Diebstahl eines kostbaren Perlenhalsbandes sind der Baron Herbert Popper-Podhrag, ein Neffe der Kammerjägerin Jeriba, sowie ein Direktor und ein Direktorstellvertreter der halbstaatlichen Verlagsanstalt Dorotheum verhaftet worden. Das kostbare Halsband, das der Baronin Cabot-Speyer gehörte, enthielt 47 Perlen bis zur Größe einer Nuß. Es ist in der Vorkriegszeit um 170.000 Goldkronen erworben worden und wird auch jetzt noch trotz des starken Sturzes der Perlenpreise auf 180.000 Schilling geschätzt. Es verschwand eines Tages aus dem Safe des von der Baronin ständig bewohnten Hotels und ist jetzt gänzlich unbefähigt wieder auf einem Barometer in der Wohnung des Dorotheumsdirektors Meindl aufgefunden worden.

Baron Popper, ein 23-jähriger junger Mann, der in Wiener Nachtlokalen eine bekannte Erscheinung ist und ständig bei seiner Großtante, Baronin Speyer, verkehrt, hat das Halsband in einem unbewachten Augenblick aus dem Safe verschwinden lassen und es dann im Dorotheum für 7000 Schilling veräußert. Einige Tage später erbböte er die Pfandsumme um weitere 3000 Schilling. Den Pfandstein veräußerte er für 5000 Schilling an einen Anwalt weiterzugeben, der das Dorotheum veräußerte und die Spernung des Pfandsteins anregte. Der Pfandstein wurde jedoch unmittelbar darauf von einer unbekannten Dame erworben, die die Gattin des ebenfalls in Gewahrsam der Polizei befindlichen Direktorstellvertreters des Dorotheums Maurer sein soll. Die beiden Beamten des Dorotheums werden wegen Teilnahme am Diebstahl verfolgt und haben beide ein Geständnis abgelegt. Frau Maurer leugnet noch. Baronin Popper hat sich zuletzt in München aufgeschlossen. Sie wurde auf Anregung der Wiener Polizei als lästige Ausländerin abgehoben und an der Grenze inhaft genommen.

Funkestation im Schnee verschüttet.

(-) Oslo, 9. März.

Durch schwere Stürme ist der norwegische Rundfunksender der Wodö vollkommen verschüttet worden. Nur noch die Antenne ragt aus der Schneedecke hervor. Der Anker von Wodö und das Personal des Rundfunks sind in dem verschneiten Funkehaus eingeschlossen. Sie können aber noch weiter funktionieren und senden Botschaften.

Wenn auch eine direkte Lebensgefahr für die Funkenmenschen nicht besteht, so sind sie immerhin schon seit zwei Tagen ohne Proviant. Eine Schneeschuh-Expedition soll ihnen jetzt Lebensmittel bringen. Der Sprecher Wodö schildert, wie die Leute im eingeschneiten Funkehaus leben. Sie sind noch immer bei gutem Humor und der Rundfunksender verheißt auch seinen Dienst unter der Schneedecke weiter. Es werden Schallplatten gesendet und Vorträge gehalten.

Zwischenfall in Koblenz bei der Flaggenhissung.

(-) Koblenz, 9. März.

Im Anschluß an die Hissung der Fahnenkreuzfahne auf dem Koblenzer Rathaus kam es am Mittwoch mittag zu einem Zwischenfall, als ein nationalsozialistischer Führer der auf 10.000 Personen angewachsenen Menge bekannt gab, daß der Bürgermeister gedroht habe, die Hissung der Fahnenkreuzfahne auf dem Rathaus durch Polizeibeamte verhindern zu lassen. Die Menge forderte unter stürmischen Rufen, daß der Bürgermeister aus seinem Amtszimmer geholt werde. Vier SA-Männer besaßen sich in das Amtszimmer des Bürgermeisters und führten diesen an das Balkonfenster. Die Menge brach in stürmische Rufe aus. Der Oberbürgermeister mußte dann eine etwa 1/2 Stunde dauernde öffentliche Ansprache eines nationalsozialistischen Führers von einem gegenüberliegenden Balkon aus über sich ergehen lassen. Die Menge sollte dem Redner stürmischen Beifall.

Sprengstoffanschlag verhindert

(-) Königsberg, 9. März.

Nach einer Mitteilung der Reichsbahndirektion wurden am Dienstag nachmittag auf der großen Reichsbahnstraße Berlin-Königsberg-Königs in der Nähe der Allee-Brücke unmittelbar an der Stadt Wehlau zwei Männer verhaftet, die einen Sprengkörper verfertigt hatten. Man fand bei den beiden, die betrunken waren, noch drei Zündschnüre, einen Zünder und eine Sprengpatrone. Man nimmt an, daß es sich um einen politischen Anschlag handelt. Daraufhin ist die Verstärkung der Wachen an den wichtigen Reichsbahnanlagen vorgenommen worden.

In der Wohnung des verhafteten Schloßers Thiel hat man eine Kiste mit einem Reizdynamit vorgefunden. In der Kiste mußten mindestens 20 Pfund hochreines Dynamit gewesen sein, das genügt hätte, um die Alleebrücke der Reichsbahn bei Wehlau in die Luft zu sprengen. In der Kiste waren nicht nur Sprengkapseln, sondern auch noch 300 Zünder und etwa 30 kleine Zündschnüre enthalten gewesen. Thiel ist Ausgangspunkt für alle Sprengstofflieferungen an linksradikale Elemente in Wehlau gewesen.

Reichstagsabgeordneter aus der KPD. ausgeschieden.

(-) Planen i. Vogtl., 9. März.

Auf einer nationalsozialistischen Kundgebung auf dem Marktplatz gab, wie der „Freiheitskampf“ berichtet, Kreisleiter Hühler bekannt, daß der kommunistische Reichstagsabgeordnete Albert Janka der Planener KPD in einem Schreiben seinen Austritt aus der KPD. angekündigt habe. Janka habe um Aufnahme in die NSDAP. erucht. Der wesentliche Grund seines Austritts aus der KPD. sei der, daß er die Ansichtlosigkeit eines weiteren Kampfes dieser Partei eingesehen habe.

Janka erziehen auf dem Stellplatz der SA. Er wurde sofort der Polizei übergeben und in Haft genommen. Auf der Kundgebung wurde weiter mitgeteilt, daß auch die kommunistischen Stadtverordneten Dietel und Schwarz aus der KPD. ausgetreten seien.

